Franz Karg von Bebenburg
Gunther Duda

Schicksalsstunden deutscher Geschichte

Der 9. November 1923 und der Marsch zur Feldherrnhalle

Ludendorff und Hitler Dokumentation eines Freiheitskampfes

Franz Karg von Bebenburg
Gunther Duda

Schicksalsstunden deutscher Geschichte

Der 9. November 1923 und der Marsch zur Feldherrnhalle

Ludendorff und Hitler
Dokumentation eines Freiheitskampfes

19 81

Verlag Hohe Warte · Franz von Bebenburg · KG

Alle Rechte vom Verlag vorbehalten · Copyright by Verlag Hohe Warte · Franz von Bebenburg · Kommanditgesellschaft,
8121 Pähl, 1981. ISBN 3-88202-301-5. Gesetzt aus der Garamond und gedruckt in der Carl Bauer'schen Druckerei GmbH, 8000 München 2

Inhalts-Übersicht

Franz Karg von Bebenburg:

Der 9. November 1923
und der Marsch zur Feldherrnhalle 5

Gunther Duda:

Ludendorff und Hitler
Dokumentation eines Freiheitskampfes . . . 33

Vorbemerkung 33

Die Trennung von Hitler 38

Gegen Hitlers unsittliche Wege 46

Unter der Gewaltherrschaft (1933—37) . . . 54

Im Mittelpunkt der göttliche Lebenssinn . . . 62

Quellennachweis 4

Quellennachweis

1 Ludendorffs Volkswarte (= LV) 17. 7. 1932
2 D. L. Hoggan: Das blinde Jahrhundert, 1. Tl., 1979
3 Ludendorff, E.: Auf dem Weg zur Feldherrnhalle, 1938
4 Ludendorff, E.: Meine Lebenserinnerungen, Bd. 1, 1941/1955
5 Ludendorff, E.: Meine Lebenserinnerungen, Bd. 2, 1951
6 Ludendorff, E.: Meine Lebenserinnerungen, Bd. 3, 1955
7 Frank, H.: Im Angesicht des Galgens, 1953
10 Tannenbergjahrweiser 1935
12 Pool, J. u. S.: Hitlers Wegbereiter zur Macht, 1979
13 Deutsche Wochenschau (= DW) 27. 5. 1928
14 LV 31. 3. 1929 u. 15. 6. 1930
15 LV 30. 11. 1929
16 LV 10. 1. 1932
17 LV 7. 2. 1932
18 LV 22. 5. 1932
19 LV 10. 7. 1932
20 Hierzu s. S. Reinhard, Spanischer Sommer, 1948/1952; Der Quell 3/1949; G. W. F. Hallgarten, Hitler, Reichswehr und Industrie, 1962; Czichon, E.: Wer verhalf Hitler zur Macht?, 1967/1972; Konstantin, K.: Wer finanzierte Hitler?, 1970; Scholl, H.: Von der Wallstreet gekauft, o. J. u. 12; LV 29. 1. u. 22. 1. 1933
21 LV 30. 9. 1928
22 LV 17. 4. 1932
23 LV 8. 2. 1931
24 LV 22. 2. 1931
25 LV 31. 5. 1931
26 LV 6. 12. 1931
27 LV 6. 12. 1931
28 LV 10. 1. 1932
29 LV 20. 3. 1932
30 LV 17. 7. 1932
31 LV 26. 3. 1933
32 LV 14. 5. 1933
33 LV 3. 5. 1931
34 LV 3. 3. 1929
35 A. Kraut/P. Lamatsch: Potsdam, die Welttragödie, 1979
36 LV 3. 5. 1931; s. auch Rosenberg: Der Fall Ludendorff, 1931; Haselmayer, A.: Der Fall Rosenberg — und fällt Hitler mit?, o. J. (um 1931)
37 LV 25. 6. 1933
38 Müller, H.: Kathol. Kirche u. Nationalsozialismus, 1936; s. auch A. Roth: Das Reichskonkordat vom 20. 7. 1933, 1934; ders.: NS und katholische Kirche, 1931; Ludendorff: Hitlers Verrat d. Deutschen an den römischen Papst, 1931
39 LV 11. 6. 1933
40 LV 11. 6. 1933
42 13/31, Nr. 315, zit. n. LV 24. 1. 1933 u. 12. 3. 1933
43 Lehrnert, P.: Deutscher Herrenklub, o. J., um 1931
44 DW 10. 3. 1929
45 LV 3. 9. 1929
48 LV 30. 8. 1931
49 Weltkrieg droht auf deutschen Boden, 1930/31
50 LV 31. 5. 1931
51 LV 3. 5. 1931
52 LV 25. 6. 1933
53 Januar 1936, zitiert n. Spruchkammerverfahren gg. M. Ludndorff, 4. + 5. Verhandlungstag, 1950
54 Am hl. Quell (=Q) 5. 8. 1934
55 Q 20. 8. 1934
56 Nahum Goldmann: Mein Leben als deutscher Jude, 1980
57 Q 5. 3. 1936
58 Q 20. 8. 1935, S. 398

Der 9. November 1923 und der Marsch zur Feldherrnhalle

Über wohl kaum ein anderes Ereignis ist so viel Unwahres und Falsches verbreitet worden wie über den sogenannten Hitlerputsch vom November 1923. Die Historiker haben sich erst verhältnismäßig spät mit ihm beschäftigt, doch die ersten Unwahrheiten wurden bereits in der Frühe des 9. November im Umlauf gesetzt, und zwar durch den Maueranschlag des Generalstaatskommissars v. Kahr.

„Trug und Wortbruch ehrgeiziger Gesellen haben aus einer Kundgebung für Deutschlands nationales Wiedererwachen eine widerwärtige Vergewaltigung gemacht. Die mir, dem General v. Lossow und dem Obersten v. Seisser mit vorgehaltener Pistole abgepreßten Erklärungen sind null und nichtig. Ein Gelingen des sinn- und ziellosen Umsturzversuches hätte Deutschland samt Bayern in den Abgrund gestoßen ...“

Zwar konnte sich diese Lüge nicht lange halten, denn schon im anschließenden Hochverratsprozeß des Frühjahres 1924 kam durch die Zeugenaussagen die Wahrheit an den Tag, zumindest die vordergründige Wahrheit, daß die Bayerische Regierung selbst putschen wollte, aber im letzten Augenblick absprang, ihre Helfer nicht nur im Stich ließ, sondern sie als angebliche Aufrührer zusammenschoß.

Danach hat sich die Parteipropaganda von links und rechts des Novemberputsches angenommen und ihn entsprechend ausgeschlachtet. Adolf Hitler verlieh den Teilnehmern am Marsch zur Feldherrnhalle den sogenannten „Blutorden“, aber bald verebbte die durch Versailler Diktat, Ruhrbesetzung und den Absturz der Mark ins Bodenlose ausgelöste nationale Welle. Mit der Wiederbele-

bung der Wirtschaft flauten die politischen Leidenschaften ab, bis schließlich die Weltwirtschaftskrise 1930 den Deutschen ihre staatliche und politische Not erneut ins Bewußtsein brachte.

Nach der Berufung Hitlers in die Macht schrieb die NSDAP allein die Geschichte des 9. November, bis mit der Schrift General Ludendorffs „Auf dem Wege zur Feldherrnhalle" 1937 die erste Darstellung erschien, die historisch genau vor allem die Vorgeschichte des Marsches zur Feldherrnhalle aufzeigte. Darin griff Ludendorff jene Vorgänge wieder auf, die ihn selbst veranlaßt hatten, sich 1923 in das politische Geschehen in Bayern aktiv einzuschalten.

Die Historiker der Zeit nach 1945 haben sich in zahlreichen Büchern mit dem Nationalsozialismus und auch mit der Frühgeschichte der NSDAP befaßt und in umfangreichen Untersuchungen auch die letzte mündliche Aussage und das letzte bedruckte oder beschriebene Stück Papier herangezogen. Klarer ist dadurch nicht geworden, was damals geschah. Jeder Historiker hat seine Vorurteile und Irrtümer in seine Darstellung hineingetragen, und wenn einer von ihnen die Ereignisse selbst richtig erfaßt und dargestellt hat, so war er dann andererseits nicht fähig, die Beweggründe der handelnden Personen und ihre charakterlichen Eigenschaften richtig zu erfassen.

In den letzten Jahren erschienen Darstellungen, die sogar Adolf Hitler und seinen Gefolgsleuten Gerechtigkeit widerfahren ließen und sich davor bewahrten, allzuviel in sein Handeln und Wollen hineinzugeheimnissen. Keiner von ihnen — weder H. H. Hofmann noch G. Maser noch Georg Franz-Willing — hat jedoch es verstanden, die Persönlichkeit General Ludendorffs richtig in seine historische

Untersuchung einzuordnen. Insofern verfehlt die gesamte historische Literatur über den 9. November 1923 ihre Aufgabe, wahre Geschichte als Lehrmeisterin des Volkes zu schreiben.

Die Gründe hierfür liegen in der Tatsache, daß die gegenwärtige Historikergeneration zwar dicke Wälzer verfaßt, aber die wesentlichen Dinge fleißig von einander abschreibt. Daß dabei jede Quellenkritik unterlassen wird — schon aus dem Grunde, bei den Historiker-Päpsten nicht in Ungnade zu fallen —, versteht sich am Rande. Und so kolportiert ein Historiker und ein Doktorand nach dem anderen die Urteile, die seit Delbrück und Genossen in der Historie festgeschrieben worden sind.

Danach gehört es zur Standard-Kolportage über Ludendorff, daß er wegen seiner Entlassung durch den Kaiser am 26. 10. 1918 in Verbitterung dahinlebt, die Schuld seiner mißglückten Kriegführung bei anderen sucht, es nicht ertragen kann, machtlos zu sein, daher nach neuer Machtstellung strebt und alles politische Geschehen als Sprungbrett für eine neue Karriere benützt. Wegen völliger Mißbegabung zum Politiker aber zerschlägt er voll Ungeschick alle seine Unternehmungen. Damit vereint er — in den Augen der Historiker — übergroße Vorsicht zum Schutz seiner Person, ja Feigheit, mit listiger Schläue, aber auch kindischem Trotz.

Vor allem aber verübeln die Geschichtsschreiber dem Feldherrn Ludendorff in der Nachkriegszeit, daß er sich erkühnte, wenn er um seine Mitwirkung angegangen wurde, die Forderung nach dem „Alles oder nichts“ zu stellen. Aus der Bedingung Ludendorffs, man übertrage ihm die Oberleitung, wenn man seine Beteiligung erwarte, schließen sie „messerscharf“, daß dies die typische Bestätigung

für seinen maßlosen Ehrgeiz sei. Ludendorff sei eben der ehrgeizige Diktator wie schon im Kriege.

Diese Forderung Ludendorffs entsprang jedoch ganz anderen Gründen. Zum einen hatte er in seiner Stellung als militärischer Leiter des Krieges erlebt, wohin das beste Wollen führt, wenn es nicht richtig geleitet wird, da die politische und die militärische Leitung des Krieges nicht fest in einer Hand lagen. Zum anderen versuchten die verschiedensten nationalen Politiker und Verbände, den General Ludendorff für ihre Ziele vor ihren Wagen zu spannen. Daher mußte eine solche Forderung nach Übernahme der Führung sich als brauchbarer Prüfstein für die Lauterkeit der betreffenden Politiker erweisen. Außerdem bedeutet eine politische Umwälzung, wie sie damals von nationaler Seite angestrebt wurde, eine so riesengroße Verantwortung, daß Ludendorff sie niemandem anderen überlassen oder aufbürden wollte, falls er sich daran beteiligte. Doch solche Gedankengänge sind unseren modernen Historikern fremd. Zwar trifft man sie auch bei anderen bedeutenden Männern der deutschen Geschichte, wie bei Bismarck, dem Freiherrn vom Stein und vielen anderen, aber Ludendorff findet keinen Glauben, wenn er schreibt:

„Ich erstrebte auch nicht ‚Macht', ich wollte anderes. Wer einmal das alte stolze deutsche Heer in seinem Heldenkampf befehligt und die Grenzen des Landes geschützt, das Volk vor Zermalmung behütet hat, hat Ziele, die anderen nicht sichtbar sind."

Die Ziele, die Ludendorff verfolgte, waren allerdings nicht jedermann sichtbar, aber sie waren die einzigen, die eine Änderung der Verhältnisse im Nachkriegsdeutschland zum Besseren bewirken konnten. Bereits seine Kriegserinnerungen hatte Ludendorff zu dem Zweck so schnell aufgezeichnet und veröffentlicht, damit das deutsche Volk im

Rückblick auf seine Leistungen alsbald wieder Selbstvertrauen und Zuversicht gewinnen sollte. Nach Ludendorffs Überzeugung war die Katastrophe des Zusammenbruchs und der Revolution nur dadurch herbeigeführt worden, daß der Volksgeist erschüttert worden war und die Belastungen nicht mehr ausgehalten hatte. Bevor sich das deutsche Volk auch äußerlich wieder erheben konnte, mußte daher erst einmal der Volksgeist gehoben werden. Dies schien Ludendorff die wichtigste Aufgabe zu sein, der er sich allenthalben widmete.

Die politische Lage im Reich war damals keineswegs gefestigt. Die verschiedenen politischen Kräfte und Leidenschaften hatten sich unter verschiedenen Flaggen, Fahnen, Abzeichen usw. gesammelt:

1. **Schwarz-Weiß-Rot**
   ohne Hakenkreuz = die Nationalen, Monarchisten, Konservativen, Kirchentreuen und im wesentlichen die ältere Generation.
   mit Hakenkreuz = die Völkischen, vorwiegend Frontkämpfer aller Dienstgrade, meist der jüngeren Generation, zum Teil sozialrevolutionär angehaucht.

2. **Schwarz-Rot-Gold**
   Alle Republikaner, Sozialdemokraten, Liberalen.

3. **Rote Fahne**
   ohne Hammer und Sichel = internationale Sozialisten.
   mit Hammer und Sichel = Spartakisten, Kommunisten, Salonkommunisten, Antinationalisten.

4. **Flagge Schwarz-Weiß-Blau** (nur in Bayern)
   Konservative, teils klerikal, monarchistisch, teils partikularistisch, teils separatistisch.

Nach den ersten Wirren der Revolution und dem Niederschlagen kommunistischer Aufstände im Reich hatte zu Weimar die Verfassungsgebende Versammlung die neue Verfassung beschlossen. Danach sollten die ersten Wahlen für die erste Legislaturperiode der Republik ausgeschrieben werden. Von diesen Wahlen erwarteten sich die nationalen Kreise einen Rechtsruck; die sozialistische Regierung unter Scheidemann befürchtete diesen Rechtsruck und zögerte die Abhaltung der Wahlen immer weiter hinaus. Dies bewog nationale Kreise um den Landschaftsdirektor von Ostpreußen, den Geheimrat von Kapp, und General von Lüttwitz zum sogenannten Kapp-Putsch, der die sozialistische Regierung wegfegen und bis zu den Neuwahlen eine nationale Diktatur errichten wollte. Mangels genügender Vorbereitung und infolge grober Versäumnisse schlug das Unternehmen fehl, zumal die Reichswehrteile in Sachsen und Bayern sich nicht wie die norddeutschen Divisionen hinter die Regierung Kapp stellten. Wegen der Gefahr eines Bürgerkrieges ließ v. Kapp das Unternehmen abbrechen.

Ludendorff hatte das Unternehmen begrüßt, weil es im Reich wieder verfassungsrechtliche Zustände herstellen sollte, wenn auch auf dem Umweg über eine Diktatur. Er hatte seinen Rat zur Verfügung gestellt, wie er ihn auch anderweitig den Nationalen zuteilwerden ließ. Natürlich stellte ihn die sozialistische und sonstige Presse als den eigentlichen Urheber und Putschisten hin, der nur zu vorsichtig gewesen sei, sich unmittelbar am Putsch zu beteiligen. Andere hätten für ihn die Kastanien aus dem Feuer holen sollen.

Über den Kapp-Putsch hat sich in der Zeitgeschichtsschreibung unausrottbar die Behauptung eingebürgert, daß

der Kapp-Putsch die Weimarer Republik hätte beseitigen sollen. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Vielmehr hatte die damalige Regierung die Verfassung gebrochen bzw. nicht befolgt und sich damit außerhalb des Rechts gestellt. Infolgedessen war es ein durchaus legitimes Vorgehen, sie abzusetzen.

„Die Situation wurde damals keineswegs nur von der Rechten als unerträglich empfunden. Der sozialdemokratische Reichswehrminister Noske wurde mehrfach — auch aus den Reihen seiner Partei — gebeten, durch seine Diktatur das Chaos zu beenden. Georg Bernhard, Chefredakteur der liberalen ‚Vossischen Zeitung', Rudolf Cuno, Chefredakteur der gleichfalls liberalen ‚Berliner Morgenpost', Erwin Barth von der Redaktion des sozialdemokratischen ‚Vorwärts' und der sozialdemokratische Staatssekretär August Müller hatten Lüttwitz aufgefordert, die Macht zu übernehmen. Der einzige höhere Beamte in Berlin, der sich Kapp zur Verfügung stellte, war der sozialdemokratische Polizeipräsident Eugen Ernst, ein Freund Carl Severings.

Bekannter ist der Umstand, daß der sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen, August Winnig, zu Kapp überging. Der sozialdemokratische Oberpräsident von Schlesien, Adolf Philipp, wurde wegen seiner Haltung während des Putsches zur Disposition gestellt.“)*

Das zeigt, daß die allgemeine Lage, die den Kapp-Putsch erzeugte, und die Antriebe hierzu wesentlich vielschichtiger waren, als man heute wahrhaben will. Da die Geschichte jedoch stets von den sogenannten Siegern geschrieben wird, gilt Ludendorff als durch den Kapp-Putsch belastet.

Im Sommer 1920 zog Ludendorff von Berlin nach Mün-

---

*) Winfried Martini in „Der Mythos vom Generalstreik“ in Epoche, Märzheft 1980, S. 58.

chen. Der Forstrat Escherich vermittelte ihm das Angebot des Kulmbacher Industriellen Hornschuch, der ihm seine Münchner Villa in Prinz-Ludwigshöhe zur Verfügung stellte. Escherich war der Leiter der bayerischen Einwohnerwehrverbände, die seinerzeit während der Rätediktatur im Winter 1918/19 als Schutz vor der kommunistischen Gefahr aufgestellt worden waren. Die Einwohnerwehr war bewaffnet. Natürlich war sie den Alliierten, aber auch der roten Regierung in Berlin ein Dorn im Auge. So wurde sie schließlich aufgelöst. Außerdem versuchte der Vertrauensmann der Bayerischen Volkspartei, Herr Pittinger, den gesamtdeutsch denkenden Forstrat Escherich aus der Führung der Verbände auszuschalten.

Aus den Teilen und Überbleibseln der Einwohnerwehren gingen zumeist die einzelnen Wehrverbände wie Bund „Oberland", Reichsflagge, Blücherbund, Wikingbund, „Vaterländische Verbände Münchens", „Andreas-Hofer-Bund", „Schutz- und Trutzbund", „Bayern und Reich", die SA und viele andere hervor. Gleichzeitig förderte die Reichswehrführung auch in Bayern die Bildung bewaffneter Verbände zur Abwehr kommunistischer Angriffe, die aber auch zum Grenzschutz eingesetzt werden konnten. Auch die „Freikorps" schlossen sich mit all diesen Vereinigungen zu den „Vereinigten Vaterländischen Verbänden Bayerns" (VVVB) zusammen.

Aus diesem Werdegang erklärt es sich, warum diese Verbände Waffen trugen. Wenn heutige Schüler und Studenten die Bilder aus der damaligen Zeit sehen und feststellen, daß die Verbände der völkischen Bewegung auf dem Marsch zur Feldherrnhalle mit Gewehren ausgerüstet waren, und daß sie sogar einen Lastwagen mit aufmontiertem Maschinengewehr mit sich führten, so glauben sie es den Ge-

schichtenerzählern sofort, daß dies ein bewaffneter Aufstand gewesen sei. Es ist allerdings richtig, daß die Verbände einen militärischen Wert besaßen, da sie aus Frontkämpfern bestanden und bewaffnet waren. Doch waren ihre Zahl und ihre Ausrüstung viel zu schwach, als daß ihre Führer auf die Regierung hätten einen bestimmenden Druck ausüben können.

In Bayern herrschte damals, abgesehen von dem kurzen Zwischenspiel der Räterepublik die Bayerische Volkspartei. Sie war durch und durch katholisch-klerikal und ihre Politik wurde weitgehend aus dem erzbischöflichen Ordinariat des Kardinal Faulhaber geleitet. Auf dem Katholikentag hatte Faulhaber die Revolution als „Treubruch und Verrat" bezeichnet und die Frontstellung gegen die Regierung in Berlin deutlich werden lassen. Der Jesuitenorden, allen voran der Jesuitenpater Rupert Mayr, besaß unter den bayerischen Monarchisten, vielen Offizierverbänden und anderen Organisationen wie „Consul", „Wiking" und „Blücher", ferner „Reichsflagge", „Bayern und Reich", „Jungdeutscher Orden" u. a. starken Einfluß.

Auf der politischen Bühne standen im Vordergrund die Parteiführer Held und Heim samt ihrem Anhang der Herren v. Aufseß, v. Bothmer, Matt, v. Kahr, v. Knilling, Kanzler, Schmelzle u. a. In zweiter Linie stand der bayerische Thronfolger Kronprinz Rupprecht. Diese mehr oder weniger nach römischen Plänen arbeitenden Kräfte erstrebten ein katholisches Königreich unter Wittelsbach, das aus Bayern und Deutschösterreich gebildet und zu dem möglichst noch die katholischen Rheinlande und Baden-Württemberg treten sollten. Daneben verfolgte die römische Politik das noch weit größere Ziel, die Wittelsbacher in Berlin auf den Thron des Reiches zu setzen.

Ludendorff beobachtete diese politischen Machenschaften mit wachsamen Augen, als sie durch mehrere Skandale und daran anschließende Prozesse ans Tageslicht gerieten. Bereits Ende November 1918 hatte der Führer der Bayrischen Volkspartei, Dr. Georg Heim, im Bayrischen Kurier Pläne für ein selbständiges Bayern veröffentlicht:

„Das restige Altdeutschland bleibt Staatenbund wie bisher und Deutschösterreich ein Torsostaat für sich oder zweitens: Deutschösterreich oder Teile von Deutschösterreich vereinigen sich mit Teilen des bisherigen Deutschlands. Vom bayerischen Standpunkt aus betrachtet wäre das Letztere entschieden vorzuziehen."

In diesem Sinne verhandelte Dr. Heim mit bestimmten politischen Richtungen in Österreich, vor allem aber mit Frankreich. Dazu bediente er sich mehrerer Mittelsmänner, so des Grafen Bothmer, des früheren Alldeutschen Dr. Ritter, Viktor Naumanns, Dr. Buchers und des bekannten Pazifisten Prof. Förster. Beziehungen wurden selbstverständlich auch zu den rheinischen Separatisten unterhalten, vor allem zu Dorten.

Es ist eine Tatsache, daß in den frühen Nachkriegsjahren viel französisches Geld in die deutsche Politik geflossen ist. Unter den französischen Geldgebern gab es eine Gruppe, die im Gegensatz zur amtlichen französischen Vernichtungspolitik gegenüber Deutschland auf die Schaffung einer antibolschewistischen Front bedacht war, die ohne ein starkes Deutschland nicht denkbar war. Diese Gruppe bestand hauptsächlich aus französischen Frontkämpferverbänden, die den Kurs Poincaré-Clemenceau ablehnten. Ihr Vertreter war Oberst Richert.

Pöhner, Frick und Hitler standen auf dem Standpunkt, man müsse das Geld nehmen, gleichgültig, woher es auch

komme und welche Absicht dahinterstecke. Daraus erklärt sich, daß auch von nationaler deutscher Seite französisches Geld genommen wurde. Um Hitler nicht zu belasten, da er Parteiführer war, wurden die Gelder ohne sein Wissen gesteuert. Auch Hauptmann Röhm teilte mit, daß ihn die Führer der nationalen Bünde Wiking und Blücher für Pläne gewinnen wollten, die mit französischen Mitteln finanziert wurden. Mit Hilfe verfügbarer französischer Gelder sollte eine nationale Erhebung in Bayern stattfinden und sich gegen die Reichsregierung in Berlin stellen. Eine Trennung Bayerns vom Reich wollte Frankreich durch die Besetzung der sogenannten Mainlinie abschirmen. Französische Interessen und katholische Pläne gingen Hand in Hand.

Aus dem Leoprechtingprozeß und dem Fuchs-Machaus-Prozeß ging hervor, daß erhebliche französische Gelder auch nach Bayern geflossen waren. Diese Mittel kamen hauptsächlich aus dem Sonderfond der französischen Rheinarmee und waren vom französischen Außenministerium zur Unterstützung separatistischer Bestrebungen im Rheinland und in Bayern zur Verfügung gestellt worden.

Dr. Georg Heim war nicht nur der mächtigste, sondern auch der fähigste Kopf der Bayerischen Volkspartei. In der katholischen Reichskonzeption und im katholischen Europagedanken sah er die Rettung des christlichen Abendlandes und vor allem der römischen Kirche. Diese Gesichtspunkte bestimmten seine Politik. Dabei rechnete er damit, daß die katholische Europakonzeption die Billigung Frankreichs finden würde. Bundesgenossen fand er auch bei den nationalen Verbänden in Bayern, weil ihn mit ihnen seine Frontstellung gegen die Bolschewisierung verband. Die Bundesgenossenschaft erstreckte sich jedoch nur auf den

negativen Teil seines Programms. In der positiven Zielsetzung standen die Nationalen gegen ihn. Seiner katholischen Reichs- und Europaauffassung setzten sie die großdeutsche Reichsidee entgegen. Gegen die November-Verbrecher in Berlin waren sie alle.

Den meisten ist der Dschungel der bayerischen Nachkriegspolitik undurchsichtig geblieben. Ihr Verlauf erklärt sich aus der Wirksamkeit der beiden Grundströmungen, die teilweise zusammen, teilweise gegeneinanderliefen und sich vielfach überkreuzten und verschlangen. Die verwickelten Fäden des sich daraus ergebenden politischen Spiels können nur entwirrt werden, wenn man die beiden Hauptstränge, den katholischen, föderativ-separatistischen auf der einen Seite, den großdeutschen, zentralistischen auf der anderen Seite genau verfolgt und die vielen Schattierungen, Abtönungen, Berührungen und fließenden Übergänge dieser beiden Grundrichtungen im Auge behält.

Zunächst verband sie der gemeinsame Kampf gegen den Bolschewismus und die landfremden Elemente und die Fühlungnahme mit den nichtmarxistischen Teilen Österreichs und mit Ungarn. Je mehr aber völkisches Denken und nationalrevolutionäre Bestrebungen auf der Rechten in den Vordergrund traten, um so mehr traten die Gegensätze zwischen den beiden Richtungen zutage. Schließlich gipfelte der Konflikt im Staatsstreich des 8./9. November 1923. Entgegen dem Willen der römischen Partei hatte sich die völkische Bewegung in die Staatsstreichvorhaben des Triumvirats Kahr, Lossow und Seisser eingeschaltet.

Wir können nicht das ganze politische Spiel hier wiedergeben, das in jenen Jahren Bayern erfüllte, aber einige Fakten seien doch herangezogen. Selbstverständlich ist, daß die zutagegetretenen politischen Bemühungen mit einem

nationalen Mäntelchen umgeben wurden. So verdeckte der Führer der Bayernpartei seine Absichten dadurch, daß Bayern als die „Ordnungszelle“ herausgestellt wurde, von der aus freilich die „Ordnung“ weiter ins Reich vorgetragen werden sollte; und zwar um die Macht im Reich in die Hände zu legen, die der römischen Kirche treu ergeben waren. Hinter Heim aber standen der Kardinal Faulhaber und der päpstliche Nuntius in Bayern, Eugenio Pacelli, der nachmalige Papst Pius XII. Heims politische Taktik zielte darauf, Bayern in ständiger Opposition zu Berlin zu halten.

Als nach der Ermordung des Reichsaußenministers Rathenau die Reichsregierung das Republikschutzgesetz erließ, verweigerte Bayern die Übernahme sämtlicher Bestimmungen. Insbesondere verweigerte es die Auslieferung einiger ehemaliger Freikorpsführer, die inzwischen Führungsstellen in den bayerischen Wehrverbänden übernommen hatten. Außerdem ernannte die bayerische Regierung einen Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten, den Herrn v. Kahr. Kahr proklamierte, als sich der Konflikt zwischen Bayern und Reich immer mehr zuspitzte:

„Bayern betrachte es als seine heilige Pflicht, eine Hochburg des bedrängten Deutschtums zu sein“, und habe der „hehren Aufgabe treu zu bleiben, unserem deutschen Vaterland die innere Freiheit wiederzugeben“.

Fast zur gleichen Stunde, in der die Reichsregierung unter Gustav Stresemann die Einstellung des passiven Widerstandes gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes bekanntgab, verhängte die bayerische Regierung den Ausnahmezustand. Das war am 26. September 1923. Diese Nachricht schlug in Berlin wie eine Bombe ein. Man erblickte in dem Vorhaben Bayerns eine nationale Revolu-

tion, womöglich verbunden mit einem monarchistischen Putsch seitens der wittelsbachischen Kreise. Darauf antwortete die Reichsregierung ihrerseits mit der Verhängung des Ausnahmezustandes. Bayern hob im Gegenzug am 29. 9. 1923 die Haftbefehle des Reichswehrministers gegen die Freikorpsführer Erhardt, Roßbach und Heiß auf. Schließlich verpflichtete Generalstaatskommissar v. Kahr die bayrischen Teile der Reichswehr auf den Freistaat Bayern.

Außerdem unterstellte sich Kahr sämtliche quasimilitärischen Verbände in Bayern, zu denen neben der Brigade Erhardt, dem Bund „Oberland", der „Reichsflagge" usw. auch die SA der NSDAP gehörte. Er war entschlossen, auf machtpolitischem Wege gegen „Berlin" vorzugehen, und sammelte seine militärischen Machtmittel; schon erließ er Lebensmittelverfügungen und Ausweisungsanordnungen gegen Ostjuden. Es steht außer Zweifel, daß v. Kahr zu diesem Zeitpunkt den festen Willen hatte, von Bayern aus den Marsch nach Berlin anzutreten.

Das Sammeln seiner Machtmittel aber hielt den Generalstaatskommissar v. Kahr auf. So wollte er sich vor allem der Reichswehr versichern und ließ mit dem Reichswehrminister v. Seeckt verhandeln. Zwar verfolgte auch Seeckt den Plan, die Regierung Stresemann zu stürzen und ein nationales Direktorium einzusetzen, aber er blieb bis zuletzt undurchsichtig und entzog sich einer Entscheidung, bis ihn Stresemann am 9. 11. 23. durch den Reichpräsidenten Ebert als legalen Diktator im Reich einsetzen ließ. Dadurch überrumpelt, konnte er nun nicht mehr gegen die Regierung putschen.

Der bayerische Eingriff in die Reichshoheit, in — wie es hieß — *„wohlverstandenem Reichsinteresse den bayerischen Teil der Reichswehr als Treuhänderin des deutschen*

Volkes in Pflicht zu nehmen", war allerdings der offene Bruch der Reichsverfassung, der General v. Lossow in München damit ein „Meuterer" und v. Kahr selbst ein „Hochverräter". Soweit hatten sich die Dinge also bis zum 23. Oktober 1923 zugespitzt. Aber v. Kahr zögerte. Er war sich des Erfolges eines „Marsches auf Berlin" immer noch nicht sicher. Kahrs Stellvertreter, der Oberregierungsrat Freiherr von und zu Aufseß (mit engsten Bindungen zu Nuntius Pacelli und Kardinal Faulhaber), erklärte *„im Namen und im Auftrag seiner Exzellenz v. Kahr"* in einer Versammlung am Abend des 20. 10. 23:

„Der Bruch zwischen Bayern und Berlin ist heute abend 8.30 Uhr erfolgt!" Die Reichsregierung nannte er eine Judenregierung, an deren Spitze ein Matratzeningenieur steht (was auf den Reichspräsidenten Ebert als ehemaligen Sattlergesellen zielte) und er rief auf *„zum großen Befreiungskampf in den nächsten Tagen"* gegen Berlin, *„in dem alles verebert und versaut ist". „Heute gehen wir mit Hitler zusammen"*, rief er. *„Man wartet in Norddeutschland bloß darauf, daß wir losschlagen, aber das muß vorbereitet sein."*

Das war überaus eindeutig. Und wer ihm begeistert zustimmte, das war nicht etwa eine Massenversammlung in einem Bierkeller, sondern eine Zuhörerschar von Adligen, Akademikern und Offizieren bei einem Kommers im vornehmen „Wittelsbacher Hof". Der Redner aber war der Vertreter des legalen bayerischen Diktators.

Sieben Tage später drohte der Reichspräsident formell die Reichsexekution an. Kahr erklärte vor der Presse, er werde sich nunmehr anschicken, den Anstoß zum Wandel zu geben, und gleichzeitig gab er Kapitän Erhardt den Befehl, den Marsch auf Berlin mit den vaterländischen Ver-

bänden beschleunigt vorzubereiten. Dieser setzte den 15. November als ersten Angriffstag an.

Ferner berief v. Kahr auf den 8. November eine Versammlung in einem gut renommierten Lokal ein, wo er eine programmatische Rede halten wollte. Sie sollte die Grundlage für alles folgende bilden. Am 11. oder 12. November sollte nämlich der bayerische Monarch, Kronprinz Rupprecht, in München erscheinen und sollte die Monarchie ausgerufen werden. Diese „Sternstunde der Monarchie" war aber verspielt, als der Kronprinz am 10. November trotz allem, was inzwischen geschehen war, dennoch in München erschien.

Die Pläne aller jener Männer, die damals ihre politischen Zwecke verfolgten, gingen nur in einem Punkt zusammen: in dem Ziel der Machtergreifung im Reich. Sie alle aber glaubten — von den Kreisen im Hintergrund abgesehen — der Mitwirkung des einen Mannes nicht entbehren zu können, der den größten geschichtlichen Namen der Gegenwart trug: des Generals Ludendorff. So suchten ihn alle in ihr Spiel zu ziehen, das Gewicht seines Namens und seiner Persönlichkeit auf ihre Seite zu bringen. Und sei es auch nur deshalb, weil man annahm, daß die Reichswehr Norddeutschlands nicht auf diesen Mann schießen werde. Alle suchten ihn auf oder verhandelten mit ihm und trachteten danach, ihn vor ihren Wagen spannen zu können.

Ludendorff aber hatte als aufmerksamer Beobachter die Fäden der vatikanischen Politik in Bayern und im Reich wahrgenommen und sah die zweiseitigen Bestrebungen Roms, entweder die Macht im Reich zu erlangen oder aber — wenn dies nicht möglich war — die katholischen Teile des Reiches abzutrennen und zu einem katholischen Staat zusammenzufügen. Sein Scharfblick hatte ihm bereits den

Ausspruch des gleichfalls recht scharfsichtigen Nuntius Pacelli eingetragen: *„Das ist ein böser Mann!“*

Die sogenannten Völkischen und Vaterländischen Verbände zum Marsch auf Berlin zur Verfügung zu haben — sie bezifferten sich auf viele zehntausend Soldaten —, aber den General Ludendorff beiseite zu schieben: das war das schwierige Kunststück für Nuntius und Kardinal, an dem schließlich ihr Vorhaben scheitern mußte. Hitler sah sich damals als „Trommler“, auch wenn es heute viele anders sehen wollen. Er war zwar überzeugt, daß seine Aufgabe auf dem Gebiet der Politik liege, aber er beanspruchte nicht die Macht für sich allein; er wollte nicht regieren müssen. Mit ihm konnte Rom beruhigt gehen; noch 1933 sah der Vatikan in ihm keine Gefahr. Er war der willkommene Massenredner und Rammbock gegen Sozialisten und Kommunisten. Das Paktieren mit dem Teufel wollte man also mit der „Völkischen Bewegung“ ruhig wagen, solange Ludendorff nicht dabei war.

Bis in die späten Nachmittagsstunden des 8. November hatten sowohl der General v. Lossow wie der Generalstaatskommissar v. Kahr Beratungen mit General Ludendorff gepflogen über die Aussichten des geplanten Vorgehens gegen „Berlin“. Ludendorff entnahm aus den Äußerungen der beiden, daß sie den Entschluß zum Handeln immer noch vor sich herschoben. General v. Lossow war ungehalten, daß noch niemand von den aus Berlin erwarteten Persönlichkeiten eingetroffen sei, so daß General Ludendorff einen Bekannten beauftragte, sofort in Berlin nachzufragen. Der Versammlung, auf der Kahr eine Rede halten wollte, maß Ludendorff keine besondere Bedeutung bei und blieb ihr fern. Auch hatte er wegen der Besprechung mit v. Kahr und Lossow mehrere Gäste nicht am

Nachmittag empfangen können und sie auf den Abend geladen.

Die Rede des Herrn v. Kahr am 8. 11. 23 sollte der propagandistische Auftakt zum Staatsstreich sein. Der Generalstaatskommissar von Kahr hatte an jenem 8. November 1923 die Absicht, durch einen Vortrag von hohem Niveau, den er sich von seinen Ghostwritern bei den Münchener Neuesten Nachrichten hatte schreiben lassen, vor einem ausgewählten Publikum zu glänzen und den schon recht populär gewordenen Hitler in den Schatten zu stellen. Vor allem zielte v. Kahr auf eine eindrucksvolle Treuekundgebung der Anwesenden zu seiner Person. Hitler aber befürchtete, der Generalstaatskommissar wolle losschlagen, und zwar ohne ihn und die Vaterländischen Verbände. Es war ihm zweifellos zu Ohren gekommen, daß v. Kahr dem Führer der Brigade Erhardt den Einsatzbefehl gegeben hatte. Tatsächlich hat dann v. Kahr in der Nacht zum 9. November die Brigade Erhardt, den Blücherbund und den Wikingbund alarmiert.

Hitler beschloß also zu handeln, denn die Rede war mit besonderem Nachdruck angekündigt worden, so daß der Saal des Künstlerhauses sich als zu klein erwies und die Versammlung in den Saal des Bürgerbräu verlegt werden mußte. Die gesamte Prominenz der Landeshauptstadt versammelte sich dort.

Der Zwang zum Handeln war indes für das Triumvirat unausweichlich geworden. Es konnte und wollte auch nicht mehr zurück. Die Zeit gestattete nicht mehr, lange auf der Stelle zu treten. Es mußte losgeschlagen werden: *mit* den Norddeutschen, *ohne* die Norddeutschen, *gegen* die Norddeutschen, auch um den Preis der Lostrennung vom Reich. Im Laufe des 8. November hatte General v. Lossow zu

Graf Helldorf geäußert, die Leute im Norden könnten ihm wegen ihrer Entschlußlosigkeit den Buckel runterrutschen. Er nannte sie Kastraten und Eunuchen. Seine Absicht, den Staatsstreich zu wagen, bestätigte sogar noch am 9. November vormittags General v. Lossow zu mehreren Zeugen:

„Wir *wollten* ja den Staatstreich machen, lediglich über die *Zeit* des Losschlagen waren wir uns nicht einig. Ich habe zu Herrn Hitler gesagt, warten Sie noch zwei bis drei Wochen, dann sind wir soweit. Wir müssen die übrigen Wehrkreiskommandos auf unsere Seite bekommen. Wenn ich 50% Wahrscheinlichkeit habe, schlage ich los."

Ende Oktober hatte General v. Lossow an v. Kahr wegen der Notwendigkeit einer Gegenregierung gegen Berlin geschrieben:

„Es müssen außerhalb Bayerns Führer an der Bildung beteiligt sein, mit denen die führenden Köpfe der Angora-Regierung in Bayern übereinstimmen und mit denen sie gemeinsam handeln können. Es muß gewährleistet sein, daß wenigstens der größte Teil der vorhandenen militärischen Kräfte hinter dieser Regierung steht."

Auch Ludendorff berichtet, daß ihm General v. Lossow sagte, man müßte eine „Angora-Regierung" in München gegenüber der Reichsregierung nach dem Vorbilde der Regierung aufstellen, die Kemal Pascha gegen die Regierung des Sultans in Konstantinopel in Angora (heute Ankara) gebildet hatte, um mit ihr die Absetzung des Sultans durchzusetzen.

Kahr aber sah sich durch die Einwände des Kronprinzen, des Klerus und des Generals v. Seeckt gehemmt, auch wenn der Beschluß zum Losschlagen schon längst gefallen und der 12. November als erster Tag für die Ausrüstung der Ver-

bände festgesetzt worden war. Hitler wollte sich zweifellos wieder in den Vordergrund bringen und zugleich das zögernde Triumvirat Kahr-Lossow-Seisser zum Absprung veranlassen. So fuhr auch er zum Bürgerbräusaal.

Daß Hitler kurz nach Beginn der Rede Kahrs in den Saal eindrang, das Wort ergriff, die Herren Kahr-Lossow-Seisser ins Nebenzimmer führte und sie bestürmte, die längst gefaßte Absicht nun zu verwirklichen, ist bekannt. Die Herren zögerten, ja verhielten sich ablehnend. General von Lossow richtete an Hitler die Frage, ob es denn in Berlin schon losgegangen sei und wie sich denn General Ludendorff zu seinem Vorgehen stelle. Daraufhin schickte Hitler Herrn Scheubner-Richter zu Ludendorff, um ihn zu holen.

Inzwischen aber wurde die Versammlung unruhig. Die Stimmung im Saal, so sagte der Münchener Historiker Karl Alexander v. Müller aus, war *„noch gegen das ganze Unternehmen. Ich hörte Theater! Südamerika! Mexiko! Das war dann überwiegend. Der Umschwung trat erst ein bei der zweiten Ansprache Hitlers, als er nach ungefähr 10 Minuten hereinkam ... Diese war ein Meisterstück. Er hat die Stimmung der Versammlung mit wenigen Sätzen umgedreht wie einen Handschuh. Ich habe so etwas noch selten erlebt.“*

Hitler begann seine Ansprache ohne jeden Affekt, still und gefaßt. Eigentlich hätte er ja sagen müssen, daß die drei Männer nicht mitmachen wollen.

„Vor fünf Jahren wurde ein unermeßliches Unglück über unser ganzes Volk gebracht, heute muß eine Wende eintreten. Ich schlage vor: das Ministerium Knilling ist abgesetzt. Es wird ein Landesverweser bestellt und ein verantwortlicher politischer Ministerpräsident. Als Landesverweser schlage ich Exzellenz v. Kahr vor, als Ministerpräsidenten Herrn Polizeipräsidenten a. D.

Pöhner. (Beide Vorschläge wurden mit einstimmigen Bravo angenommen.) *Als zweiten Vorschlag mache ich den: Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist abgesetzt, Ebert wird für abgesetzt erklärt. In München wird eine bayerische Nationalregierung gebildet. Eine deutsche Nationalarmee wird aufgestellt. Die Politik der vorläufigen Regierung übernehme ich, die Leitung der Nationalarmee Ludendorff. General von Lossow wird Reichswehrminister, Oberst von Seisser deutscher Polizeiminister. Der Marsch in das Sündenbabel Berlin muß angetreten werden. Draußen stehen drei Männer, welche schwere Entscheidungen zu treffen haben; ich frage die drei Männer, ob sie mit meinen Vorschlägen einverstanden sind.* (Brausende Heilrufe!) *Unser Kampf für die Befreiung beginnt in zwölfter Stunde. Wir wollen einen Bundesstaat völkischer Art aufrichten ...*"

Als Hitler ins Nebenzimmer zurückkehrte, traf soeben Ludendorff ein. Er war freudig erregt. Mit dem Eintreffen Ludendorffs, der in Zivil erschien, änderte sich die Lage grundlegend. Lossow und Seisser ließen sich ohne größere Schwierigkeit von Ludendorff umstimmen. Als Ludendorff zu Lossow sagte: *„Na, Lossow, jetzt machen wir es!"* und in warmherziger Form dem sichtlich Gerührten zusprach, antwortet Lossow mit Tränen in den Augen: *„Ew. Exzellenz Wunsch ist mir Befehl"*, und reichte Ludendorff die Hand. Auch Oberst Seisser, ebenfalls tief ergriffen, reichte Ludendorff die Hand. Lossow und Seisser redeten nun auf den sich noch sträubenden Generalstaatskommissar ein, bis dieser sagte: *„Gut, aber wir sind doch alle, die hier sind, Monarchisten. Ich kann die Landesverweserschaft nur annehmen als Statthalter der Monarchie."*

Nachdem nun Handschlag und Wort getauscht war, begaben sich alle auf Bitten Hitlers in den Saal und richteten kurze Ansprachen an die Versammelten. Kahr gab folgende Erklärung ab:

„In des Vaterlandes höchster Not übernehme ich die Leitung der Staatsgeschäfte als Statthalter der Monarchie, die heute vor fünf Jahren so schmählich zerschlagen wurde. Ich tue dies schweren Herzens und, wie ich hoffe, zum Segen unserer bayerischen Heimat und unseres lieben deutschen Vaterlandes."

Nach diesen Worten schüttelten sich Kahr und Hitler unter tosendem Beifall die Hände. Darauf wiederholte Hitler seine Bekanntgabe der neuen Regierung.

Ludendorff führte aus:

„Ergriffen von der Größe des Augenblicks und überrascht, stelle ich mich kraft eigenen Rechts der deutschen nationalen Regierung zur Verfügung, und es wird mein Bestreben sein, der alten schwarz-weiß-roten Kokarde ihre Ehre wiederzugeben, die ihr die Revolution genommen hat. Es geht heute um das Ganze. Es gibt für keinen deutschen Mann, der diese Stunde erlebt hat, ein Zaudern, es gibt nur Hingabe ohne Zaudern mit vollem deutschen Herzen.

Diese Stunde bedeutet einen Wendepunkt in unserer deutschen Geschichte, einen Wendepunkt in der Weltgeschichte. Gehen wir nicht in Hurra-Stimmung, sondern mit tiefem sittlichen Ernst und überzeugt von der ungeheuren Schwere unserer Aufgabe und durchdrungen von dem Verantwortungsgefühl gegenüber unserem Volke an unsere Arbeit ..."

Hierauf ergriff General v. Lossow das Wort:

„Ich wünsche, daß die Aufgabe, die deutsche Armee zu organisieren, mir gelingen möge. Ich will das Meine tun, daß die Flagge Schwarz-weiß-rot überall im Deutschen Reiche dahin getragen wird, wo deutsche Freiheit erweckt werden soll. Diese Flagge soll wieder achtunggebietend in der Welt erscheinen."

Dann schloß die Versammlung unter jubelnder Begeisterung mit dem Deutschlandlied. General Ludendorff ließ die Herren v. Kahr, v. Lossow, v. Seisser und Pöhner zu ihren Ämtern gehen. Daraus ist ihm später ein großer Vor-

wurf gemacht worden. Ludendorff schreibt dazu in „Auf dem Wege zur Feldherrnhalle":

„Es ist mir ein Vorwurf gemacht worden, daß ich die Herren bat, zu ihren Ämtern zu gehen, um im Sinne der von ihnen übernommenen Aufgaben zu wirken und zunächst einmal die ihnen unterstellten Behörden und Truppen aufzuklären und bereitzustellen. Mir war bewußt, daß in ihren Behörden und vornehmlich in ihrer nächsten Umgebung Männer waren, die durchaus dem Kampfbund und mir feindlich gesonnen waren. Sie hätten Weisungen nie ausgeführt, die etwa unter Zwang, durch den Fernsprecher oder schriftlich von den drei Herren gegeben worden wären. Nur deren freiwilliges Eintreten konnte uns die Mitarbeit der Bayerischen Staatsgewalt, der Bayerischen Polizei und der Bayerischen Wehrmacht sichern. Wurde deren Einsatz mit starkem Willen gepaart, so war ein Widerstand im Norden nicht zu erwarten, dessen war ich gewiß, und zwar auch aus meinen Erfahrungen der Kapptage. Es wäre bei dieser Voraussetzung nicht zum Kampf der Reichswehr gegen Reichswehr gekommen. Die Regierung in Berlin wäre verschwunden.

Die Kampfbünde selbst hatten nicht genügend Kampfkraft. An einen Verrat der Herren habe ich damals nicht gedacht. Es hätte auch solche Befürchtung gar nichts genutzt. Wir waren nun einmal auf die freiwillige Mitarbeit ‚der zum Absprung veranlaßten' Herren angewiesen . . ." (S. 62)

Was in den Nachtstunden auf Seiten des Triumvirats geschah, ist nie völlig ans Tageslicht gekommen. Was den General v. Lossow anbetrifft, so scheint festzustehen, daß die ihm unterstellten Truppenkommandeure auf die Nachricht aus dem Bürgerbräukeller hin sofort die Truppen alarmierten, weil sie glaubten, daß General v. Lossow zusammen mit Kahr und Seisser gefangengenommen sei. Als v. Lossow in der Stadtkommandatur eintraf, überfiel ihn der Stadtkommandant General Danner mit der Frage: *„Exzel-*

lenz, dies war alles doch Bluff?“ Lossow erkannte sofort, daß Danner nicht gewillt war, der Beteiligung v. Lossows und der bayerischen Reichswehr zuzustimmen und mitzumachen. Da verlor er den Mut. Danner und die anderen Generäle haben später auch bestätigt, daß sie v. Lossow verhaftet haben würden, wenn er zu seinem Wort gestanden hätte. Nach Zeugenberichten war v. Lossow nur noch ein Nervenbündel. Daher übernahm General Danner die Befehlsgewalt. v. Lossow traf deshalb auch nicht beim Wehrkreiskommando ein, wo er sich mit Ludendorff treffen wollte, sondern folgte Danner in die Infanteriekaserne unter den Schutz der Truppen.

v. Kahr und Seisser gelangten schließlich auch in die Kaserne des Infanterieregiments 19. Ein Zeuge berichtete:

„Kahr saß auf einer kanapeeartigen Bank, und wenn ich Maler wäre und würde das schlechte Gewissen zu malen haben, dann würde ich mir Herrn v. Kahr als Modell nehmen.“

Da alle Beteiligten vereinbart hatten, in enger Verbindung zu bleiben, von Lossow, Kahr und Seisser keine Nachrichten eintrafen, wurde versucht, mit ihnen in Verbindung zu treten. Alle Kuriere und Boten wurden entweder nicht eingelassen oder in der Infanteriekaserne festgehalten.

Als gegen fünf Uhr morgens schließlich offenkundig wurde, daß Kahr, Lossow und Seisser nicht mehr zu ihrem feierlich gegebenen Wort standen, beschlossen die im Stich Gelassenen, das Unternehmen abzubrechen.

Major Streck berichtet:

„Ich war dann Zeuge der Beratung, was nun weiter geschehen solle. Hitler war dafür, daß der bewaffnete Kampfbund nach Süden (Chiemgau etwa) ausweichen und dort weiterkämpfen solle. Ludendorff war anderer Meinung und hielt diesen Plan für militärisch absolut undurchführbar, allein schon wegen der

Jahreszeit (Nachschub, Unterkunft, Verpflegung). Er schlug vor, ‚um den völkischen Freiheitsgedanken zu retten', einen Propagandamarsch durch die Stadt durchzuführen. In der ersten Reihe sollten alle Führer des Kampfbundes marschieren. So geschah es dann auch. Der Weg des Marsches ist bekannt. (Er führte über die Ludwigsbrücke durch das Tal zum Marienplatz, bog dann in die Dienerstraße und Perusastraße ein, um am Max-Joseph-Platz in die Residenzstraße zu münden. Hauptmann Röhm sollte vom Wehrkreiskommando abgeholt werden, worauf der Zug sich aufgelöst hätte.) *Es wurde befohlen, mit umgehängtem und entladenem Gewehr zu marschieren.*

Die Residenzstraße war in Höhe des Tores bei den zwei Löwen von einer Kette Landespolizei abgesperrt. Die Kolonne marschierte singend auf sie zu (von „stürmen" war keine Rede).

Plötzlich wurde von der Polizei das Feuer auf nächste Entfernung eröffnet. An der rechten Seite in der 1. Reihe marschierend rief ich dem ein bis zwei Meter vor mir stehenden Polizisten noch zu: ‚Sie werden doch nicht dort auf Ludendorff schießen!' als schon die Salve krachte. Ich drückte den vor mir stehenden Polizisten zur Seite und stand hinter der Feuerlinie, von wo ich eine große Zahl von Kameraden in ihrem Blut auf der Straße liegen sah.

Auf der anderen Straßenseite, auf dem Platzrondell, sah ich Ludendorff stehen, ging hinüber und frug: ‚Sind Exzellenz verwundet?' Antwort: ‚Nein, ich bedaure, daß ich diese Schmach e r l e b e n muß.'"

Bei dem Feuerüberfall an der Feldherrnhalle sind auch einige Landespolizisten gefallen, unter anderen auch Hauptmann Schraut. Deshalb wurde behauptet, auch aus dem Demonstrationszug seien Schüsse gefallen. Major Streck erhielt bei dem Feuerüberfall einen ganz leichten Streifschuß an der Nase, und zwar von der linken Seite her. Dieser Schuß konnte nur aus dem überhöhten Inneren der Feldherrnhalle gekommen sein und deshalb ist es klar, daß die

gleichen Schützen, die von dort oben schossen, den Hauptmann Schraut getroffen haben, als er dicht vor Major Streck aus dem Löwentor der Residenz heraustrat. Es wurden aber auch mehrere ganz unbeteiligte Passanten erschossen oder schwer verletzt, denn die Bürgersteige rechts und links waren voll Menschen, die teils den Zug bejubelten, teils ihn begleiteten.

An der Feldherrnhalle war also eine Todesfalle aufgestellt. Das Blutvergießen haben die verantwortlichen Machthaber des bayerischen Staates als völlig sinnloses Geschehen zu verantworten.

Die gleichen Verantwortlichen waren dann gezwungen, den Hochverratsprozeß in Gang zu setzen; schon allein aus dem Grunde, weil sie ihre Teilhaberschaft nach außen hin zu verdecken hatten. Gerade dadurch aber erhielt der Prozeß den Charakter eines hochexplosiven Sprengstoffes. Aber er vollzog sich in einer solchen Form, als ob Anklagevertreter wie Verteidiger sich darüber geeinigt hätten, was jede Partei sagen und zugeben darf. So sprach niemand über die Hintergründe. Auch der Kronprinz wurde geschont. Die Kronzeugen hingegen, die Kahr, Lossow und Seisser, wurden von den Angeklagten und übrigen Zeugen in die kläglichste Lage gebracht.

In den linksgerichteten wie in den katholischen Blättern aber konnte man lesen, was auch manche Angeklagte — unter ihnen besonders Hitler — als *„peinlich"* empfanden: Ludendorff habe seine Verteidigung *„so blindwütig und bar allen politischen Taktes geführt, wie er den Weltkrieg geführt habe: ‚Viel Feind, viel Ehr.'"* Er habe hemmungslose Angriffe *„gegen die römische Kirche und alle Schichten von Besitz und Bildung"* gerichtet. Dies sei im Grunde das einzige echte Politikum des Prozesses gewesen.

Es ist richtig, daß nicht nur die römische Kirche, sondern auch die *„Schichten von Besitz und Bildung“* damals darüber empört waren, daß Ludendorff es gewagt hatte, ein Tabu zu verletzen, indem er die Fäden der päpstlichen Diplomatie aufdeckte. Doch jene Leute, die solche Urteile in die Welt setzen, merken gar nicht, wie unsinnig sie sich äußern. Denn seit wann hätte Ludendorff seine Kriegführung nach dem Grundsatz betrieben: Viel Feind, viel Ehr? Er war nicht im mindesten an der Auswahl der Feinde beteiligt, und was den Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika anbetrifft, so war die Verhängung des unbeschränkten U-Boot-Krieges durchaus nicht der Grund hierzu. Die Vereinigten Staaten zogen in den Krieg, weil es die Interessen ihrer Hochfinanz so erforderten.

Es ist das ganze Unglück für die Gegner Ludendorffs, daß sie ihm neben der Schuld am Ausgang nicht auch noch die Schuld am Ausbruch des Krieges aufbürden können. Sie wären es schon ganz zufrieden, wenn er sich vor dem Volksgericht tatsächlich *„blindwütig und bar allen politischen Taktes“* aufgeführt hätte. Aber dem war „leider“ ganz und gar nicht so. Was General Ludendorff dort an Beweisen anführte, war stichhaltig — und d e s h a l b waren die Betroffenen so böse. Sonst hätten sie mit Achselzucken darüber hinweggehen können.

Hatte schon Ludendorffs Teilnahme am 9. November 1923 die römischen Pläne in Bayern und Deutschland wirksam durchkreuzt, so war durch seine Verteidigungsrede, nein Anklagerede, die römische Politik vor aller Welt auf die Drehscheibe gestellt worden. Darum verdient neben dem Marsch zur Feldherrnhalle auch der Hochverratsprozeß des Jahres 1924 die Aufmerksamkeit jedes politisch und auch sonst denkenden Menschen.

Aber nicht nur der Staatsmann, sondern auch der Mensch Erich Ludendorff ragt aus jener Zeit hervor. Der Volksgerichtshof sprach ihn frei am 1. April 1924, weil er sich von der Untadeligkeit seiner Handlungen überzeugt hatte und sich nicht der seelischen Größe dieses Mannes verschließen konnte, nicht nur der persönlichen Größe, sondern auch der Größe der von ihm vertretenen Gedanken.

Ludendorff und Hitler

Dokumentation eines Freiheitskampfes

Vorbemerkung

Dieser Beitrag ist keine Geschichte des Nationalsozialismus. Er will auch nicht die üble Greuelpropaganda all jener ergänzen, die wegen ihrer ähnlich unsittlichen Ziele und Wege keinerlei Recht haben, Hitler abzuurteilen. Hier geht es einzig und allein um Ludendorffs Einstellung und Kampf gegen den fast von Anfang an als volksgefährdend erachteten Hitlerismus. Möge diese Dokumentation aus zeitgenössischen Veröffentlichungen dazu beitragen, ein ausgewogenes Urteil über die Epoche des Nationalsozialismus zu gewinnen.

Sehr zielbewußt und mit unsittlicher Berechnung stempelten die herrschenden Glaubensmächte n a c h dem Zusammenbruch des 3. Reiches Erich Ludendorff zu dessen Wegbereiter. Der Mann, der sich schon 1925 aus grundsätzlichen Erwägungen von der NSDAP, aber auch von den anderen parteivölkischen Zusammenschlüssen getrennt und seit 1928 auf völlig neuen Wegen einen immer schärferen Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus geführt hatte, wurde im wahrsten Sinn des Wortes zum alttestamentlichen Sündenbock für dessen eigentliche Förderer gemacht. Ein ähnlicher Vorgang wie 1918!

Diese Geschichtslüge gilt es zu vernichten. Nicht allein der Wahrheit wegen, sondern ebenso aus politischen Gründen. Der deutsche Freiheitskampf gewann nämlich gerade in den Jahren des erbitterten Ringens gegen Hitler und die überstaatlichen Hintergründe jener Zeit sein endgültiges

Ziel und seine sittlich unantastbaren Grundlagen. Er wurde zum Abwehrkampf gegen jede Verfremdung durch die uns einst aufgezwungenen oder eingeredeten internationalen Weltanschauungen und zum Ringen für eigenes Gotterkennen und eigene Lebensgestaltung.

Auch heute geht es um die Bewahrung aller von den Einweltlern aus religiösen oder ideologischen Gründen bedrohten Völker. Diese natürliche, d. h. erbmäßige Sonderung der Menschen in mannigfaltige und völlig eigenartige Lebensgemeinschaften ist der Gotterkenntnis Ludendorff gemäß die seelisch-religiöse Grundlage der Selbstbehauptung und Lebenserfüllung der Menschen.

Damit rückt die Glaubensfrage in den Mittelpunkt der Abwehr jeder volkszerstörenden und religiös begründeten Weltmachtpolitik. Glaubenspolitik heißt von nun an nicht mehr Mißbrauch der Religion, sondern Lebensgestaltung durch den jeweiligen Glauben:

„Der Wahn, daß der Glaube ein Ding an sich ist, ist ein volksvernichtender Trug. Einen Mißbrauch des Glaubens für Politik und Wirtschaft gibt es nicht; der Glaube ist die Grundlage aller Lebenseinrichtungen und Lebensbetätigungen eines Volkes, alle Lebensgebiete dienen der Verwirklichung des Glaubens.“ ([1])*)

Diesen revolutionären Rettungsweg wollte Hitler nicht beschreiten. Im Gegenteil! Mehr oder minder dem alten religiösen Denken verhaftet, wurde seine Machtgier zum Verrat an unserem Volk. Wer wie er und wer wie die auf ihn setzenden Glaubensmächte Ludendorffs „Deutsche Abwehr“ und seinen Aufbau hemmte, sabotierte den Befrei-

---

*) Isidor Singer kam 1924 zu demselben Schluß: „Politik, Religion und Ökonomie bilden eine unauflösbare Einheit ... von der Zeit der Makkabäer bis zur Zerstörung des Tempels.“ Zitiert nach Hoggan ([2])

ungskampf unseres Volkes. Und wer heute völlig wahrheitswidrig Ludendorff zum Vater der Hitlerdiktatur macht, lügt nicht nur, sondern lähmt — wie einst Hitler — wiederum unser Ringen um Freiheit und Eigenart. Diese Verleumdung ist nichts anderes als eine heimtückische Waffe, welche die Völker hindern soll, Ludendorffs lebensrettenden Einsichten zu verwerten.

Auch dort, wo die Geschichtsschreiber nicht überstaatliche Aufgaben erfüllen, versagen sie. Sie verkennen nämlich die politische Kraft des religiösen und ideologischen Glaubens und erfassen nirgends die seelischen Grundlagen des Menschen- und Völkerdaseins. Suggeriert durch ein sinnwidriges Welt- und Menschenbild, deuten sie das von geheimen Minderheiten mehr oder minder bestimmte Geschichtegeschehen nur nach den ausgegebenen Propagandalehren. Auch dadurch machen die Glaubensmächte Politik.

Ludendorffs Freiheits- und Kulturkampf wurzelte nicht in einer Volks- oder Weltreligion, in einer nationalen oder internationalen Ideologie oder in irgendeiner anderen irrigen Weltauffassung, sondern allein im göttlichen Sinn der Schöpfung. Der Gotterhaltungswille — der Wille zur Stärkung des Guten, Wahren, Schönen und edler Wahlliebe sowie des Hasses alles Widergöttlichen — erhob sich gegen die schöpfungswidrigen Ziele seelenloser und machtgieriger Gruppen. Folgerichtig wurde Ludendorff dadurch zum Gegner einer jeden Seelengefahr, Gegner aller im Sinne ihrer Religion wirkenden Kräfte wie Thoraglaube, Christentum, Islam, Neubuddhismus und Bolschewismus und Gegner aller Propagandalehren der Priesterkasten, ihrer Wirtschaftssysteme und ihres totalen Machtstrebens im Namen ihres „Gottes“.

Will man zur Wahrheit über „Ludendorff und Hitler“ vorstoßen, dann muß man beider Weltbilder und Charaktere und ebenso die geistigen Strömungen und Kräfte ihrer Zeit erforschen. Gewiß, das ist nicht einfach. Denn um Ludendorff beurteilen zu können, muß man die Religionsphilosophie seiner zweiten Frau heranziehen. Die Gotterkenntnis ihrer Werke wurde nämlich mehr und mehr sein „Programm“.

Schließlich darf nicht außer acht gelassen werden, wer Erich Ludendorff war: Ein überragender Mensch, ein unabhängiger, hochstehender und stolzer Charakter sowie ein genialer Soldat. Schon sein Lebensweg bis 1921, da ihm, dem reifen 56jährigen, auch der junge 32jährige Hitler vorgestellt wurde, ist mit der Lüge, Mitverantwortlicher der dem 3. Reich zugeschriebenen Untaten zu sein, unvereinbar.

Mit vollem Recht gilt heute der Völkermord als Menschheitsverbrechen. Doch diese suggerierte Wertung wurde nirgends zu Ende gedacht, denn sie besagt klipp und klar, daß Volkserhaltung sittliche Pflicht ist und Abwehr von Volksgefahren deshalb zur höchsten Verantwortung eines jeden Menschen gehört. Davon künden die internationalen Völkerfeinde jedoch nichts und noch weniger von den Lebensgesetzen und Lebensgefahren eines jeden Volkes.

Erich Ludendorff verkörperte seit seinen Mannesjahren mehr und mehr den Selbstbehauptungswillen der deutschen Volksseele. *„Für das Volk weiter zu arbeiten und ihm zu helfen“*, hieß sein Streben auch nach dem Umsturz 1917/18.

„Ich stellte bei meinem Handeln immer klarer und eindringlicher die Frage, wie ist denn wirklich dem Volke u n d dem deutschen Menschen, und um diesen handelte es sich für mich immer mehr, grundlegend zu helfen? Was ist ihnen an Stelle von

leeren Versprechungen zu geben? Wodurch können die Deutschen in ihrer Gesamtheit wieder wehrwillig werden und sich zu einem Volk zusammenfinden, dessen Geschick nie wieder durch einen Zusammenbruch, wie wir ihn im Weltkrieg erlebt haben, gefährdet ist. Wie kam es, daß der Sieg dem deutschen Heere und dem deutschen Volke nicht wurde und mir aus der Hand gewunden werden konnte? In vielem sah ich hierüber klar ... Vieles war noch in Dunkel gehüllt. Ich war mir bewußt, daß ich mich auf Gebiete begab, in denen ich zu erforschen, noch viel Einblick zu gewinnen hatte." ([3])

Vom heißen Wunsch erfüllt, den Menschen seines geschlagenen, verhetzten und geknechteten Volkes wieder Lebenswillen zu geben, erkannte er schließlich die Bedrohungen in kultureller, rechtlicher, politischer und wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht. Auf der Suche „nach dem Schlüssel der Weltgeschichte" war Ludendorff zunächst 1919 bis 1922 „nationale Wege" gegangen und dann, bis Anfang 1925, „parteivölkische".

„Mit dem Beginn meines 61. Lebensjahres (aber) begann ich den Abschnitt meines Lebens, in dem ich nicht mehr national, nicht mehr völkisch, sondern allein nur noch deutsch für deutsche Volksschöpfung) und für die Befreiung aller Völker von den überstaatlichen Geheimmächten wirkte, wenn auch dieses Wirken naturgemäß an erster Stelle dem deutschen Volk galt.*" ([4])

Aus dem Soldaten war der Freiheits- und Kulturkämpfer, ja der evolutionär-geistig-religiöse Weltrevolutionär für die Rettung der Eigenart aller Völker, d. h. der Mannigfaltigkeit aller Kulturen dieser Erde geworden.

---

*) Unter Volksschöpfung ist eine Folgerung Ludendorffs gemäß der Gotterkenntnis zu verstehen, *„die seelische und körperliche Festigung"* des Menschen im Sinne der Übereinstimmung unterbewußter seelischer Anlagen mit dem Bewußtsein, also den Vollzug eines innerseelischen Aktes des einzelnen Menschen.

„Der Schlüssel der Weltgeschichte lag in der gottgewollten Unvollkommenheit der Menschen, in der Unkenntnis der Gesetze der Menschenseele und der Volksseele, in dem Seelenmißbrauch, den alle Religionen betreiben und die überdies den einzelnen zumindest noch seinem Rasseerbgut entfremden." ([5])

Die Trennung von Hitler

Den frühen Hitler und die NSDAP, die damals noch nicht *„im Dienste eines einzigen Mannes zur Durchsetzung von dessen ureigensten, persönlich bestimmten politischen Wollen, völlig ohne jede Bindung an ein formales ‚Programm' irgendwelcher Art"* ([7]) stand, lernte Ludendorff etwa im April/Mai 1921 kennen. Zunächst förderte er dessen „völkisches Wollen".

Als dann aber nach dem 9. 11. 1923 alle seine Versuche, *„die einzelnen Gruppen innerhalb der ns-Freiheitsbewegung einander zu nähern, durch offen auftretende oder im geheimen arbeitenden Kräfte"* scheiterten und Hitler eigene Ziele auf eigenen Wegen ansteuern wollte, trennte sich Ludendorff endgültig von ihm. Das deutsche Freiheitsringen ist zwecklos und erfolglos, wenn es nicht auch Rom abwehrt!

„Die Wege, die die völkischen Gruppen einschlugen, waren für mich nicht gangbar." ([4]) Hitlers Weigerung, *„jeder deutschfeindlichen Politik und jeder deutschfeindlichen Handlung, von welcher Seite sie auch käme* (auch von Rom!) *entgegenzutreten, war die politische Ursache und der Zeitpunkt der Trennung"*. ([0])

Nach dem Zerfall der „völkischen Bewegung" sammelte Ludendorff die noch zu ihm haltenden Verbände im „Tannenbergbund", der am 5. 9. 1925 in Regensburg gegründet wurde. Dieser Bund sollte keiner Partei dienen, sondern

dem ganzen Volk gehören. Im Gründungsaufruf wurde Hitler noch als völkischer Vorkämpfer und Erwecker des Volkes bezeichnet.

„Mit den politischen Parteien, die Hitler und andere Führer als Werkzeug ihres auf das Wohl des deutschen Volkes gerichteten Bestrebens für notwendig halten, können wir (jedoch) *keine Bindung eingehen."* ([5])

Mit dem weiteren Eindringen Ludendorffs in die damals werdende Gotterkenntnis und in das Wesen der überstaatlichen Mächte wuchsen die Ziele des Tannenbergbundes:

„Größere waren noch nie einem Bund gestellt worden, er sollte eine Weltanschauung verbreiten und nicht für mich Mittel sein, ‚Macht' zu gewinnen." ([10])

Die Kluft zu den völkischen Parteien vertiefte sich zusehends:

„Ich fühlte (1926), wie sehr ich mich von beiden Parteien fortbewegt hatte und wie wenig in beiden Parteien ein Verstehen für arteigene Gestaltung des Gotterlebens war." ([5])

Vorrangig die schon 1925 bekundete Absicht Hitlers, über die römische Kirche seine Ziele erreichen zu wollen, zwang zur Abwehr. Im Mai 1929 veröffentlichte Ludendorff in der „Deutschen Wochenschau" eine Übersicht der hinter den damaligen Parteien stehenden weltanschaulichen Kräfte. Denn, wie auch jüngst ein Buch feststellte, *„in Deutschland waren zwischen 1919 und 1933 politische Parteien wenig mehr als Werkzeuge mächtiger Interessengruppen"* ([12]). Zwar wurde die NSDAP mit ihren 12 Abgeordneten noch als *„Kampfpartei gegen die Geheimleitung"* der Politik betrachtet, doch wurde sie schon angeprangert, nicht die Jesuitenleitung der römischen Kirche, die freimaurerische Führung des Protestantismus sowie das Christentum

und die Freimaurerei abzuwehren. Die „unsichtbaren Väter“ wirkten eben auch in der Hitlerpartei. Spannungen zwischen Partei und Bund mußten folgen. Die Bundesleitung untersagte deshalb den Tannenbergern — 1928 — die Zugehörigkeit zu irgendwelchen politischen Parteien und jegliche werbende Betätigung für diese ([13]).

Mit dem Jahr der in den USA gemachten Weltwirtschaftskrise 1929 entbrannte Ludendorffs Abwehrkampf gegen den Hitlerismus*) immer schärfer. Er richtete sich gegen dessen Bedrohung des Volkslebens und betraf Ziele und Wege. Der Tannenbergbund, der stets *„ein freies deutsches Volk unter unabhängiger Führung“* erstrebt und von Anbeginn an auch eine „nationale Diktatur“ als Rettungsmittel bekämpfte, hatte bis zu seinem Verbot durch das 3. Reich Hitlers erklärtes Ziel einer Gewaltherrschaft mit „Kollektivierung unter der Hakenkreuzfahne“ ([14]) gleich Mussolini gebrandmarkt. Selbstverständlich wußte Ludendorff, daß ein solcher Zwangsstaat ohne Hilfe der geheimen Weltmächte nicht entstehen konnte.

„Niemand kämpft so klar und zielbewußt für die Freiheit der Deutschen als die Deutsche Abwehr. Wir wollen nicht, daß deutsche Freiheitssehnsucht in jesuitischer Pfaffenherrschaft unter dem Gewande ‚nationaler Diktatur‘ endet.“ ([15])

Am 27. 7. 1930 prangerte der General Hitlers sozialdarwinistische Forderung:

„Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrenschicht, die ... das Recht hat zu herrschen und die Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und führt“,

---

*) Dies dürfte angesichts des bunten Bildes von Strömungen innerhalb der NSDAP der richtigere Ausdruck für das braune System sein.

mit der Feststellung an:

„Herr Hitler hat so gesprochen, wie etwa das bewährteste Mitglied des ‚Alldeutschen Verbandes'. Wir haben genug von ‚neuer Herrenschicht' und ‚Masse'. Wir wollen dafür aus dem Volk hervorgehende Führer und selbst urteilende Menschen schaffen. Zu dem Hitlerschen Zwangssystem ist allerdings auch das Christentum mit seinen Hirten und seiner Herde unentbehrlich."

Am 22. 2. 1931 fragte Ludendorff: „Was wollen die Nationalsozialisten?" Wiederum zeigte er den Deutschen die braune Gewalt und die braunen Bürgerkriegspläne. *„Kommt Rom mit der Diktatur Brüning nicht zum Ziel, so soll die Diktatur Hitler es bewirken."* Die NSDAP habe das Recht verwirkt, im Namen des Volkes zu reden und zu handeln!

„Herr Hitler spricht von dem Staat. Dieses Staates will er sich bemächtigen, in dem er seine Nervenzentren mit Mitgliedern seiner Organisation besetzt. Er vertritt damit den ... römischen Zwangsstaatsgedanken, der durchaus der ns Weltanschauung entspricht und im Jesuitenstaat Paraguay, im kommunistischen Rußland und im faschistischen Italien schon folgerichtig verkörpert worden ist ..."

„Die Gefahr der gewalttätigen blutrünstigen Diktatur der NSDAP besteht ... in aller Schärfe weiter. Der Krach innerhalb der NSDAP ... mildert diese Gefahr nicht; die Sucht nach Ministerposten und Gewaltanwendung hält die Führer der NSDAP zusammen." (16)

„Jeder weiß, daß an Stelle der" (von Hitler beschworenen) *„Legalität blutrünstige Diktatur treten soll, schon allein, weil es die SA will."* (17)

Immer wieder beschwor Ludendorff seine Zeit, das ns Ziel zu erkennen:

„Ihr drittes ‚braunes Reich' als römischen ‚Gottesstaat' im

faschistischen Gewande blutrünstig und gewalttätig über dem kollektivierten deutschen Volk zu errichten." (18)

Der Leitartikel vom 3. 7. 1932 „Mitten in der Revolution 1932/33" warnte:

„Der gewaltsame Umsturz wird kommen, wie 1918, nur kommen dann keine Volksbeauftragten, denen es schließlich noch gelang, das Blutbad auszuschließen, sondern es kommt der ‚Volksbeauftragte' Herr Hitler, der sich natürlich ebenso wie jene Volksbeauftragten von 1918 auf den Willen des Volkes berufen, aber nicht imstande sein wird, die von ihm und dem Chef seines Stabes in die SA und SS gelegte Blutrünstigkeit) zu bannen. Nach 10 bis 12 Jahren wird das deutsche Volk erkennen, daß die Revolution von 1932/33 ein Volksbetrug war, wie die von 1918/19, nur noch ein viel größerer."*

Der „nationale Kollektivismus wird heute wie Sauerbier als Rettungsmittel angepriesen und soll alsbald in einer neuen ns Wehrmacht, im ns Arbeitsdienst und ns Regierungskunst mittels ns Polizei in völlig bürokratisiertem Obrigkeitsstaat verwirklicht werden". (19)

Und selbst noch nach dem 30. 1. 1933 schrieb Ludendorff:

„Die Nationalsozialisten sehen ... das jetzige Kabinett nur als Übergangskabinett zu einer völligen Diktatur Hitlers an."

In der Folge vom 26. 2. 1933 fragte die Volkswarte „Der 5. 3., der letzte Wahltag?" Wiederum nannte sie dem deutschen Volk die ungeschminkte Wahrheit:

„Herr Hitler fühlt sich in dem Boden seiner Parteimassenbildung wurzelnd, die ihn in die Höhe trug, gefördert von vielen Kräften, namentlich von Herrn Hugenberg von der DNVP,

---

*) Daß die Machtübernahme schließlich weitgehend unblutig verlief, lag an den etwas veränderten Verhältnissen. Trotzdem darf man das als Pluspunkt für Hitler buchen.

Herrn Bang vom ‚Alldeutschen Verband' und zahlreichen, zum großen Teil römischgläubigen Industriellen, z. B. den Herren Thyssen und Klöckner usw., hinter denen also Rom, zuweilen sogar auch Juda sichtbar wurde, und anderen Kräften. Er bleibt Parteimann und will es auch bleiben, wenn er auch, wie es heute in der politischen Welt so üblich ist, Partei gleich Volk oder Nation setzt und die Belange seiner Partei staatlichen Belangen gleichstellt. Dabei fühlt er sich indes als ‚Herrenmensch'.“ ([20])

Am 17. 4. 1932 dankte Ludendorff für die Geburtstagswünsche mit dem Aufruf:

„Die Wahlzeit, in der wir stehen, und ihre Begleiterscheinungen zeigen von neuem in überwältigendem Ernst die Bedeutung unseres Abwehrkampfes und unseres Ringens für Volksschöpfung. In ihr liegt unser Heil, nicht im Liberalismus oder im Radikalismus irgendeiner Diktatur, die beide auf die gleiche Kollektivierung, d. h. auf die gleiche Unfreiheit und die gleiche Verelendung hinauslaufen.

Ich bitte meine Freunde, mir zu helfen, das Volk aus den Suggestionen der überstaatlichen Mächte zu reißen und ihm Urteilsfähigkeit, Selbsterhaltungswillen, Freiheit und Wohlfahrt zurückzugeben.“

Diese Abwehr eines jeden Imperialismus beschränkte sich jedoch nicht bloß auf Verurteilung oder Ablehnung. Sie baute auf! Und so scharf und deutlich Ludendorff schrieb, so unpersönlich und sachlich bekämpfte er überall alles Schlechte und Schädliche.

„Nicht Mitglieder bestimmter Parteien und Verbände sind als Feinde des Volkes anzusehen, oder als ‚national' oder vaterländisch, sondern es ist zu verstehen, daß überall deutsche Menschen stehen, die ehrlich ringen, daß aber auch die überstaatlichen Mächte in diese Parteien und Verbände und in das Volk eindringen und es spalten, namentlich in die Führerstellen, oder sie umnebeln, wie sie die einzelnen Deutschen umgarnen und verderben

möchten. Die Tannenbergbundbewegung weiß, daß nach Ausscheiden dieser überstaatlichen, verworfenen und verkommenen Schicht die Deutschen rein und frei im gegenseitigen Verstehen sich finden.“ (21)

„Die Deutschen werden meinem Ruf (jedoch) nicht folgen. Sie gehorchen lieber den Rufen ihrer Führer und Kirchenbeamten, die ihnen die Weisungen von Spinoza, Marx und Christus und des jüdischen Gottes Jahwe übermitteln, nur sollen sie sich nicht über ihr furchtbares Schicksal beklagen. Es fällt den Deutschen schwer, sich aus der Hypnose frei zu machen, in die sie von Jugend auf versenkt sind. Es bleibt ihnen aber kein anderer Weg, wenn sie ihr Volkstum zurückgewinnen, frei werden und ein Leben in Freiheit, Wohlfahrt und Schaffensfreude führen wollen.“ (22)

„Wieder sage ich allen freien Deutschen, haltet euch fern von jeder Teilnahme bei irgendwelchen kriegerischen Händeln, erhaltet euch für die Aufklärung des Volkes.“ (23)

„Was der Nationalsozialismus will, ist der Staat über dem Volk. Es ist das folgerichtige Ergebnis seines Strebens nach Diktatur. Die ... Gotterkenntnis läßt andere Wege beschreiten. Sie sieht den einzelnen Menschen im Volk. Sie will nicht das Volk durch eine organisierte Minderheit, die die Staatsgewalt in Händen hat, beherrschen. Sie will, wie sie an den einzelnen Menschen die Forderung stellt, sich selbst zu schaffen, dem Volke Selbstverwaltung geben und es zu seiner Selbsterhaltung in einem Staate zusammenfassen, der aus dem Volke heraus gewachsen ist und einen dem Volke für seine Freiheit und Wohlfahrt verantwortlichen Führer an der Spitze hat. Erhaltung des Volkes in Achtung der Freiheit jedes einzelnen Menschen und der anderen Völker gegen schädliche Handlungen einzelner Volksglieder und anderer Völker ist seine Aufgabe.

Gewiß kann jedes Zwangssystem einige Mißstände, z. B. auf wirtschaftlichem Gebiet beseitigen und sich dadurch eine zeitlang die Gunst des Volkes erwerben, zumal wenn die Kirchen es stüt-

zen. Auf Zwang aufgebaut muß aber das System den einzelnen Menschen vergewaltigen. Das Volk bleibt in der Zwangsjacke, nie kann dieses System diese dem Volk nehmen. Das wäre ein Widerspruch in sich. Natürlich betrachtet es sich ‚als des Volkes halber da‘, ist aber Selbstzweck, schon allein, weil es seinen Mitgliedern Posten in Aussicht stellt! Stets muß ein Teil des Volkes gegen dieses Zwangsystem stehen, weil es vergewaltigt ist.

Das Zwangssystem des Nationalsozialismus kann nie unsere Rettung sein, es ist undeutsch, wie alle Zwangssysteme ... und christlicher Weltanschauung. Seine Herrschaft würde die Rettung des Volkes noch weiter hinausschieben, wenn nicht auf immer unmöglich machen. Das, was Herr Hitler im ‚Illustrierter Beobachter‘ über die Überleitung der ns Diktatur ‚in eine aus ihrem Geist geborene besondere Verfassung‘ sagt, bestätigt nur, daß sein staatliches Zwangssystem verewigt werden soll, d. h. die Deutschen ersticken im christlichen Sumpf.

Genug der Gegenüberstellung (von NS und Gotterkenntnis). Nur das Durchdringen des Volkes mit der Gotterkenntnis kürzt den Leidensweg des deutschen Volkes ab. Sie entspricht seiner Art und beläßt keinen Zwiespalt im Volk. Nur sie gibt ihm ‚Freiheit, Friede und Brot‘), Arbeit und Arbeitsertrag.“* (24)

Dieser im besten Sinne demokratische Aufklärungskampf, für das Volk und durch das Volk, entlarvte den braunen Machtmißbrauch auf sämtlichen Lebensgebieten, in der Kultur, im Rechtswesen, im Wehrwesen, in der Wirtschaft. Das zeigte sich auch in der Auseinandersetzung der „Volkswarte“ mit der Reichwehrpolitik wie in der scharfen Ablehnung der Bezeichnung der SA-Gliederungen nach den alten Regimentsnummern. In einer soldatischen Zeit wie damals wog die Feststellung des Generals ernst: Herr Hitler hat jedes soldatische Gefühl verloren. Das alte Heer hat mit dem Reichspräsidenten darüber zu wachen, daß die

---

*) Ein damaliger ns-Losungsruf.

alte Überlieferungen nicht durch Parteien und ihre Einrichtungen mißbraucht werden. *„Schärfster Einspruch ist gegen die ungeheuerliche Anmaßung des Herrn Regierungsrats Hitler zu erheben."* Der Beitrag „Deutsches Recht und Rechtsausübung" verurteilte sehr deutlich noch am 18. 6. 1933 die Rechtsübergriffe und die „politische Rechtssprechung", besonders gegen Mitkämpfer des Hauses Ludendorff.

Gegen Hitlers unsittliche Wege

Nicht weniger unerbittlich wie Hitlers Ziele bekämpfte Ludendorff Hitlers Wege: seine Grundsatzlosigkeit („Volkspest Taktik"), seine Massensuggestion („Heraus aus der Hitlerhypnose"), seine Forderung des unbedingten Gehorsams, den Herrenrassenstandpunkt („orientalischer Despotismus"), das Morden zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten („Das Morden in Deutschland"), seine Bürgerkriegsvorbereitungen und Umsturzpläne (Der Marsch nach Berlin), die christliche Entwürdigung der Frau zur Magd und Dienerin des Mannes bzw. der Partei, die Abrichtungsabsichten der gesamten Jugend durch Suggestionen und Drill, die Mißachtung des Volkes, das ja nur Brot und Spiele wolle, das „Deutschgetue" und den „tiefstehenden Schmähkampf" gegen die Gegner, der in den geifernden SA-Sprechchören *„Ludendorff verrecke"*, *„Ludendorff an die Wand"* und in dem Ruf nach dem Irrenarzt gipfelte.

„Heraus aus dem braunen Sumpf" hieß die kleine Flugschrift gegen die drohende Jugendverderbnis durch gleichgeschlechtliche SA-Führer. *„Deutsche Männer und deutsche*

Jungen, zieht Euch wieder weiße Hemden an", so schließt diese Schrift von 1932. „*Die Tannenberger, die anständige Menschen bleiben wollen, haben sich von jedem Nationalsozialisten fern zu halten und keine ns Versammlungen zu besuchen, andernfalls den Bund zu verlassen*", hatte Ludendorff am 11. 1. 1931 bestimmt.

„Neuer Trug in der NSDAP" ([25]), „Gewalttätige Unterführer" ([26]), „SA-Hetze ([27]), „Dressur zum Volksmörder" ([28]), „Nationalsozialismus als Würger" ([29]), „Die Lüge vom Nationalsozialismus" ([30]), „Revolution in Deutschland" ([31]), „Geistesfreiheit ist nötig" ([32]), „Ns Verrat an deutscher Freiheit" ([33]), so und ähnlich lauteten die Anklagen in „Ludendorffs Volkswarte", die, wäre sie seinerzeit staatlich nicht verfolgt, sondern gefördert worden, die braunen Wahlerfolge verhindert hätte.

Der Abwehrkampf des Tannenbergbundes richtete sich weiter gegen die Verherrlichung des italienischen Faschismus und dessen „geistlose Rizinusdiktatur" ([34]), im Bündnis mit der römischen Kirche und ebenfalls gegen deren „Zweites Eisen" in Deutschland, eben die NSDAP. Nicht grundlos hoffte Hitler seit seinem Scheitern von 1923, mit Hilfe der Kirchen zur Macht zu gelangen. Folgerichtig mußte er das Zentrum bekämpfen. „Die heilige Kirche solle sehen, ob das Zentrum oder der Nationalsozialismus mächtiger sei." ([35]) Ständig verfolgte Ludendorff die braunen Anbiederungen und Roms „nationale" Politik:

Hitlers Abrücken von dem anfangs hochgepriesenen „Mythos des 20. Jahrhundert" Rosenbergs,

ns Bekenntnisse von hoch und niedrig zum Christentum,

parteiamtliche Forderungen und ns Ländererlasse zur Wiedereinführung des Religionsunterrichtes und des Schulgebetes,

Stimmen und Veröffentlichungen brauner Priester als amtliche Parteiäußerungen,

die römischen Geldgeber, oberhirtliche Anerkennungen

und schließlich im 3. Reich die sich mehrenden Denunziationen von Mitkämpfern Ludendorffs durch Kirchenbeamte.

Das Zentrum versank nach getaner Arbeit, nach der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, dem römischen Freibrief für die Diktatur, sang- und klanglos in der unrühmlichen Vergangenheit. Und „Ludendorffs Volkswarte" ([33]) wurde unmittelbar nach dem Konkordatsabschluß*) am 20. 7. 1933, dessen Inhalt geheim gehalten wurde, und der Tannenbergbund sowie das „Deutschvolk" am 23. 9. 1933 verboten, getreu Hitlers Befehl von 1931, „Der Kampf gegen den Tannenbergbund ist mit allen Mitteln zu führen" ([36]), und gemäß Roms Bedingungen.

„In Berlin bewegte sich die Fronleichnamsprozession ‚Unter den Linden' entlang. Das war ihr selbst unter Brüning nicht gestattet." ([37])

---

*) Rom war sich der Bedeutung dieses „Vertrages" mit Hitler klar bewußt. In der „Denkschrift der deutschen Bischöfe an Hitler" vom 20. 8. 1935 hieß es:

„Mit Ihnen hat der Papst Pius XI. als erstem Souverän des Auslandes durch das Reichskonkordat den Handschlag des Vertrauens getauscht ... Ihnen hat Papst Pius XI. am 13. 3. 1933 im Konsistorium vor aufhorchenden Vertretern anderer Nationen das hohe Lob ausgesprochen, daß Sie als erster Staatsmann mit Ihm vom Bolschewismus abrückten. Millionen im Ausland, Katholiken wie Nichtkatholiken, haben auf diese Vertrauenskundgebung des Papstes hin das anfängliche Mißtrauen überwunden und Vertrauen zu Ihrer Regierung gefaßt ... Das moralische Ansehen Ihrer Person und Ihrer Regierung (ist) in einzigartiger Weise begründet und gehoben" worden. (Aufschlußreich ist, daß der letzte Halbsatz im Zusammenhang mit der Nennung der Kritik von Armin Roth aus dem Ludendorff-Verlag steht.) ([38])

Und Hitler? Feierlich verkündete er, seine „Regierung sieht in den beiden christlichen Konfessionen den wichtigsten Faktor der Erhaltung des Volkstums". Gegenüber Bischof Berning erklärte er am 26. 4. 1933:

„Ich bin durchaus überzeugt von der großen Macht und der tiefen Bedeutung der christlichen Religion und werde infolgedessen keine anderen Religionstifter zulassen. Deshalb habe ich mich gegen Ludendorff gewandt und von ihm getrennt, deshalb lehne ich ab das Buch von Rosenberg." ([39])

Der Zentrumsführer Prälat Kaas hatte dagegen vor seiner Partei tröstend und wissend ausgeführt:

„So wie wir damals in den verhängnisvollen Jahren 1918/19 die Revolution abgefangen und die revolutionären Kräfte kanalisiert und gezwungen haben, sich dem Staatsganzen zu fügen ... so schreckt uns auch heute nicht die braune Flut, und erst recht nicht, was im Gefolge dieser Flut als Reaktion sich zu formieren beginnt. Wenn wir nur bei uns selber einig sind, dann werde vielleicht schneller als manche heute noch glauben mögen, die Zeit gekommen sein, die auch dieser jetzigen gefahrdrohenden Entwicklung ein Ziel setzt." ([39])

Diese unheilige schwarz-braune Ehe nannte Ludendorff „ns Verrat an deutscher Freiheit". Protestantische Priester forderten damals die Bücherverbrennung des Ludendorff-Schrifttums und riefen zu „Berufsverbot", zur Hexenjagd nach „verkappten Tannenbergern" in den nationalen Verbänden und zu KZ-Einweisungen auf. Dem „nationalen Durchbruch" müsse der religiöse folgen ([40]). Die Kirchenbesuche nahmen nach dem 30. 1. 1933 stark zu, eine Tatsache, die Hans Grimm begeisterte und ihn Hitler mit Luther vergleichen ließ, als Förderer der Wiederbelebung deutschen christlich-religiösen Bewußtseins ([2]). Zwar änderte sich später manches, *„alles in allem, das Jahr 1934 bis in*

das Jahr 1935 hinein war die Zeit schwärzester pfäffischer Reaktion . . . Das Reichskonkordat vom 20. 7. 1933 entsprach der ‚amtlichen' Richtung der Partei jener Jahre, der spätere Kampf gegen den ‚politischen Katholizismus' der damals in der ns Partei hochkommenden Strömung." (45)

Aber auch die anderen in der NSDAP wirkenden Kräfte zog Ludendorff ans Licht, sei dies die sozialistische*), die protestantisch-freimaurerische oder die okkult-asiatische Richtung. Die „Volkswarte" nannte auch jene „ersten Nationalsozialisten", mit denen die „Große Landesloge von Sachsen" prahlte, nämlich die „deutschen Freimaurer" (42). Auch Br. Horneffers verklausulierter Hinweis von 1930: *„Unsere stillen, weltabgeschlossenen Tempel wissen von diesem 3. Reich mehr zu verkünden, als die guten Jungen sich träumen lassen" (4,5),* wurde ins Volk gebracht.

Deutsches Freiheitssehnen sollte nicht wieder mißbraucht werden. Deshalb bekämpfte Ludendorff das Paktieren von Reichswehr und NSDAP und die Verbindungen der Partei mit den Alldeutschen, dem Herrenklub (43), dem 3. Garderegiment, dem Skaldenorden, den Hohenzollern und der Industrie. Verfassungswidrige Maßnahmen der ns regierten Länder, die Putschpläne von 1932, der Mißbrauch der Wahlen wurden ebenfalls klar bei Namen genannt.

Die Deutschen, die auf Ludendorff hörten, kannten aber nicht nur Hitlers innenpolitischen Ziele und Wege, sie erfuhren ebenso von seinen außenpolitischen Plänen. Von Anfang an zeigte sich auch hier „der tiefe Unterschied, der zwischen der Weltanschauung des Tannenbergbundes und

---

*) Das „Programm der sozialen Gerechtigkeit" galt S. Singer als ein „spezifisch jüdisches Programm". Nur durch es könnten die Juden hoffen, ein für allemal die Wolken des Vorurteils gegen sich selbst loszuwerden. (2)

den Ansichten der NSDAP" bestand ([44]). Nie würde der Bund mit dem *„Steigbügelhalter der Papstdiktatur zusammenarbeiten"* ([45]):

„Aus unserer Gegnerschaft gegen die Welttyrannis der überstaatlichen Mächte lehnen wir ein Bündnis mit Italien ab, solange es ein Mussolini leitet, der einer der übelsten Kriegshetzer war, der die Südtiroler knechtet, so schlimm wie die Franzosen die Deutschen in Elsaß-Lothringen und im Saargebiet; der von Deutschland die Daweslast fordert, obgleich er die Kriegsschuld Italiens bekennt, und der sich vor aller Welt als der eifrigste Förderer der päpstlichen Weltherrschaft enthüllt hat." ([44])

Während Hitler Mussolinis Bündnis mit Rom und die Gründung des Kirchenstaates als ein für die Deutschen erfreuliches Ereignis pries, sah die „Deutsche Wochenschau — Für lebendige Volkseinheit" weit tiefer: „Hitlers Verrat der Deutschen an den römischen Papst" wurde offenkundig. Doch die „zur Rettung des Volkes vor ns Umtrieben" ([48]) ständig erhobenen Warnungen stießen im suggerierten Volk auf taube Ohren.

„Über die wahre Gesinnung Mussolinis und seiner Hinterleute, des Jesuitengenerals und des Papstes, erhält der sich nach Freiheit sehnende Deutsche ein ganz falsches Bild. Er glaubt nicht, daß ja der Faschismus wirklich die gleiche, vielleicht noch eine viel radikalere Kollektivierung des Menschen will, wie der von ihm so hart bekämpfte ‚Marxismus'. Er erstaunt ungläubig, daß der römische Papst den Bolschewismus in Form des Leninismus loben, ja ihm sogar eine ‚göttliche Mission' zusprechen läßt." ([49])

Verdammt wurden Hitlers *„kontinentale Bodenerwerbspolitik"* ([50]) und seine Kriegspläne. Auch hier zeigt sich der unüberbrückbare Gegensatz von Ludendorff und Hitler. Für Hitler hatte laut seiner Veröffentlichungen ein Bünd-

nis nur den Krieg zum Sinn. Seine „Abrechnung mit Frankreich", die Hinneigung zu England und die Freundschaft zu dem mit Moskau verbündeten Italien verrieten das „vertikale Bündnissystem" des schon für 1932 geplanten 2. Weltkrieges. Für Ludendorff dagegen gab es einzig und allein den Verteidigungskrieg, die sittliche Notwehr. Die *„Errichtung der Weltrepublik und die Kollektivierung der Völker durch Sozialismus, Bolschewismus, und Faschismus"* befürchtete er 1931.

In diese drei kollektiven Machtsysteme war auch die NSDAP verstrickt. Unser Volk sollte im „Entscheidungskampf um die Weltherrschaft" erneut mörderische Landsknechtsdienste leisten wie 1939/45. In „Weltkrieg droht auf deutschem Boden" von 1931, in Hunderttausenden verbreitet und in alle Weltsprachen übersetzt, erteilte der Feldherr des ersten Weltkrieges — verräterischerweise immer noch als Militarist und sogar als militärisches Vorbild Hitlers denunziert — seine „Absage an die Volksverderber". Er zerstörte die verbreitete Erwartung, daß er den „Freiheitskampf" im Bündnis mit Italien und England nicht im Stich lassen werde, und erklärte in beispielloser Klarheit:

„Wer für diese Auffassung in ‚nationalen' Kreisen arbeitet, lügt, ebenso wie der, der sie ... auch im Ausland verbreitet, um mit meinem Namen auch dort Geschäfte für solche hirnverbrannte faschistische Außenpolitik zu machen, die den Weltkrieg erst ermöglicht und uns der Vernichtung aussetzt.

Nie werde ich für die Ausführung eines solchen Verbrechens auch nur einen kleinen Finger reichen. Genau so, wie ich nie jene ‚Erfüllungspolitiker' unterstützen könnte, die immer verantwortlich bleiben für Entwaffnung und Revolution. Wenn das Volk trotz meiner Warnungen verderben will, so muß es sich sein eigenes Grab selbst schaufeln. Ich helfe ihm nicht dabei. So er-

kläre ich deshalb öffentlich im tiefsten Ernst dem deutschen Volke und allen belogenen Völkern jenseits der Alpen und Nordsee:

Niemals werde ich der Ausführung solcher völkerverderbenden Pläne meine Hilfe leihen, niemals das Volk bei der Ausführung seines Selbstmordes unterstützen, also auch nie einem Ruf folgen, mit dem breite Schichten des Volkes rechnen und über den Ernst der Lage hinweggetäuscht werden sollen.

Ich bin ein Gegner der heutigen faschistischen Richtung in der NSDAP nach innen und außen, wie ich Gegner bin der Parteien, die die sozialisierende Erfüllungspolitik betreiben . . . Die Politik der NSDAP dient Rom und Moskau und stellt in deren Dienst die Deutsche Freiheitsbewegung, die Millionen Deutschen, die durch den Kampf endlich ihre Freiheit und wehrhafte Stärke wieder erringen wollen. Sie mißbraucht deren Empörung gegen das Versailler Diktat, die Folgen der Erfüllungspolitik und die Herrschaft des Weltleihkapitals sowie gegen die Korruption und vieles andere.

Weg mit der Herrschaft der überstaatlichen Mächte und ihres ‚internationalen' und ‚nationalen' Parteiklüngels, die so namenloses Unglück über die Völker und namentlich über das deutsche Volk selbst bringt!

Nur sich selbst gehörende, dazu ihrer Eigenart bewußte, wehrhafte, ihre Freiheit verteidigende Völker bleiben am Leben und dienen dem Frieden." (49)

Jedoch — der „gefährlichste Volkstäuscher, den es heute auf deutschen Boden gibt", die NSDAP (51) durfte von den Völkern nicht erkannt werden.

Unter der Gewaltherrschaft (1933—1937)

Hitlers Machtübernahme bedeutete selbstverständlich einen Einschnitt im Freiheitskampf der Deutschen, keineswegs aber ein Erlahmen. Im Gegenteil, er wurde immer wesentlicher und wirksamer. Ludendorff blieb entschlossen, die Linie, die er und seine Frau bisher gehalten hatten, weiterzugehen und lieber zu schweigen, als sich zu beugen. Solange es irgendmöglich blieb, wurde der Unrechtsstaat sehr deutlich verurteilt. In vielen Telegrammen an den eidlich verpflichteten Wahrer der Verfassung, den Reichspräsidenten v. Hindenburg, erhob Ludendorff schärfsten Einspruch gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und gegen die Verfolgung seiner Mitkämpfer:

„Sie haben durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler einem der größten Demagogen aller Zeiten unser heiliges deutsches Vaterland ausgeliefert. Ich prophezeie Ihnen feierlich, daß dieser unselige Mann unser Reich in den Abgrund stoßen, unsere Nation in unfaßliches Elend bringen wird, und kommende Geschlechter werden Sie verfluchen in ihrem Grab, daß sie das getan haben." (7)

In der Wochenzeitung vom 26. 3. 1933 wandte sich Ludendorff an das Rechtsbewußtsein des Volkes und das, obwohl es sich um verhetzte, ihm feindliche Deutsche handelte:

„Wie steht es mit der Inhaftierung von 80 000 bis 100 000 Kommunisten usw. und der Ausführung des Ministers Göring:

‚Die Polizei sei nicht dazu da, 80 000 bis 100 000 Verbrecher in den Gefängnissen sorgsam zu behüten. Hier müsse eine falsche Humanität abgelöst werden durch das, was notwendig sei, wenn es auch hart erscheine.'

Was soll hier in Aussicht gestellt werden? Das Volk harrt der

Erklärung! Die Größe einer Revolution wird immer danach beurteilt werden, mit wie wenig Gewalt sie auskommt, in welchem Umfange sie dem natürlichen Rechtsempfinden des Volkes entspricht und Wahrheit dem Volk übermittelt, d. h. Mitteilungen über die tatsächlichen Zustände, gegen die die Revolution sich richtet, und über die tatsächlichen Begleiterscheinungen, die nun einmal eine Revolution im Gefolge hat. Die Revolution von 1789 steht als ein fluchwürdiges Verbrechen in der Erinnerung der Völker, da sie blutrünstig war.“

Hitlers Maßnahmen spiegelten sich kritisch in Ludendorffs Zeitung wider. Die Gleichschaltung, die Sondergerichte, die berüchtigte Hilfspolizei, die Konzentrationslager mit SA- und SS-Bewachung und andere Gewaltübergriffe wurden als ernste Rechtsverletzungen verurteilt. Vieles war aber auch rein christlicher Terror, wie die Sätze vom 2. 7. 1933 bezeugen:

„Ja, die Reaktion ist in unerhörter Weise im Vormarsch, obschon soundsoviel Nationalsozialisten vom Christentum nichts wissen wollen. Der Vers, der in München herumgeht, sagt schon das Richtige:

‚Lieber Gott, mach mich frumm,
daß ich nicht nach Dachau kumm.‘“

Und gerade wegen dieser christlichen Unterdrückung mußte Ludendorff auch am 23. 7. 1933 einen „Rechtsschutzverband freier, nicht christlicher Glaubensrichtung“ gründen:

„Religiöse Überzeugungen sind etwas Ganzes, sie lassen Gleichschaltung ebensowenig zu wie irgendwelche künstliche Formungen.“

Auch lehnte der General nach wie vor die Aufnahme von Nationalsozialisten*) in seine weltanschauliche Grün-

*) Nun Angehörige der „Staatsreligion“!

dung „Deutschvolk", die Keimzelle eines neuen deutschen Volkes, ab:

„Sie gehören einer Partei an, unter deren Herrschaft die christliche Reaktion sich geborgen fühlt, ganz abgesehen davon, daß die Partei selbst sich mit der christlichen Kirche völlig gleichschaltet." (52)

Noch beschämender aber als Freiheitsknebelung, Wahlterror und Unwahrheit durch Deutsche empfand Ludendorff *„die innere Korruption des Volkes und sein Beugen vor neuem Terror" (6).* Mit wachsender Diktatur stellte er dem ns Denken und Trachten immer klarer die Gotterkenntnis in ihrer Moral und ihren Ergebnissen gegenüber. Damit zeigte er dem Volk nicht bloß die „Menschenrechte", sondern weit mehr: den göttlichen Sinn der Schöpfung und allen Menschen- und Völkerdaseins. Der Weltrevolutionär und kulturelle Lehrmeister schuf damit nämlich die Möglichkeiten eines grundsätzlichen Wandels all jener Menschen, die fähig wurden Gotterkenntnis aufzunehmen.

Viele Tannenberger und noch mehr Deutschvolkmitglieder und die Neuleser der Werke Mathilde Ludendorffs und des „Am heiligen Quell deutscher Kraft" — dessen Bezieherzahl stieg von 5000 im Jahre 1933 auf 90 000 im Jahre 1936 — verstanden, was Erich und Mathilde Ludendorff wollten. Sie lasen auch zwischen den Zeilen, ähnlich wie das das Wismarer „Gemeindeblatt" tat, als es bestätigte, *„die Gesinnung des Hauses Ludendorff hat sich gegenüber dem 3. Reich keineswegs geändert"* (53). Die Deutschen entnahmen den Quellbeiträgen „Glaubensbewegung", „Rechts- und Verfassungsfragen" und „Umschau", ganz zu schweigen von den Leitartikeln, jedoch nicht bloß die unveränderte Ablehnung des Hitlerismus, sondern klare Urteile über alle bedeutsamen Zeitereignisse im In- und Aus-

land. Immer wieder empörten sie sich über Unrecht, Gewalt und Freiheitsknebelung, wo auch immer.

„Eine unantastbare Rechtspflege, ausgeübt durch einen unantastbaren Richterstand auf Grund eines von niemandem antastbaren Rechtes, ist die Grundlage des Lebens eines Volkes. Dieser Standpunkt kann nicht scharf genug vertreten werden." (54)

„Gefängnisse füllen sich, wenn ..." hieß die Warnung vor dem geplanten Ketzerparagraphen vom 20. 7. 1936:

„Die Zeit kann kommen, wo die Wünsche des Jesuiten Oldra sich erfüllen und wieder Scheiterhaufen errichtet werden ... Mag kommen, was da will, wir haben nun erst recht für deutsche Geistesfreiheit, für deutsche Volksschöpfung auf der Grundlage unseres Rasseerbgutes und arteigenen Gotterkennens ... zu ringen."

Ludendorff lehnte die Gehorsamsverpflichtung gegenüber der ns-Schrifttumskammer ab und verurteilte den Führerordensgedanken, die Plan- und Zwangswirtschaft, die Anordnung, daß die Wehrmacht das Parteiabzeichen zu tragen habe, die Gleichsetzung von Partei mit Staat und Volk, die Polizeizusammenfassung unter Himmler, die Zusammenlegung des Amtes des Reichspräsidenten mit dem des Reichskanzlers (Ludendorff: *„Adolf Hitler vereinigt damit staatsrechtlich eine Macht in sich wie in Sowjetrußland Stalin!"* (55)*,* die materialistischen Rassenlehren, den schon im Mosaismus und besonders bei den Angloamerikanern gepflegten Auserwähltheitsdünkel (2), den panarischen Europagedanken, die Erklärungen zum Reichstagsbrand und die Morde des „Röhmputsches" 1934 (ohne zu wissen, daß die Wehrmacht hier mitverantwortlich war).

Immer wieder betonte Ludendorff die Notwendigkeit, die Glaubensfrage zu klären und für die seelische Geschlossenheit des Volkes gemäß den Seelengesetzen zu wirken.

Gewiß zeigte sich bei Ludendorff und Hitler gelegentlich auch Gemeinsames, z. B. in der Einstellung zum Lebenswillen des Volkes und zu seiner Wehrkraft. Größer waren dagegen die Unterschiede.

„Seelische Geschlossenheit gibt erst dem Wehrgesetz Rückhalt, den es bedarf, um für das Volk lebenserhaltend zu sein." Mit diesen Worten begrüßte (und warnte) Ludendorff das Wehrgesetz vom 31. 5. 1935. In „Mein militärischer Werdegang" 1933 hatte er eine neue Wehrmacht erhofft, *„die sich in den Dienst unseres völkischen Selbsterhaltungs- und Freiheitswillen stellt, ohne dadurch andere Völker zu bedrängen"*.

Sein immer noch böswillig mißverstandenes Werk „Der totale Krieg" entstand mit der Wehrhoheit des Reiches 1935, aber genauso angesichts *„der gewaltigen Vorbereitung aller Mächte auf allen Gebieten im Sinne des totalen Krieges"*. Dieses Werk sollte dem Volk einzig und allein helfen, in einem kommenden Weltkrieg zu überleben. Es sollte aber ebenso ein neues überstaatliches Völkermorden verhindern. *„Seelische Geschlossenheit des Volkes als Grundlage des totalen Krieges"* hieß Einklang von Denken und Handeln mit der Volksseele im Unterbewußtsein der Menschen. Diese kennt keinen Imperialismus, sondern allein die Volkserhaltung, die Rettung des Volkstums.*) „Seelische Geschlossenheit", das heißt Einklang von Bewußtsein und Unterbewußtsein (mit dem „nationalen Selbstbewahrungstrieb und dem nationalen Genius" des Nahum Goldmann ([56]) und nicht Bewußtseinsabrichtung, erlaubte einzig und allein einen Verteidigungskrieg, also die Notwehr.

---

*) s. M. Ludendorff: Die Volksseele und ihre Machtgestalter, 1933/1955.

Genauso wie Ludendorff die faschistischen Kriegsabenteuer in Abessinien und Spanien verurteilte, genauso nannte er alle anderen religiös-ideologischen Kreuzzüge verbrecherische Raub- und Kolonialkriege. Am 30. 3. 1937 hatte Ludendorff Hitler beschworen:

„Wenn Sie nicht das Unheil heraufbeschwören, einen Krieg anzufangen — der sich sehr bald zu einem Weltkrieg ausweiten wird, und das wird jeder Krieg — dann können Sie noch manches erreichen. Die Leistungen unserer Truppen im Weltkrieg sind in den anderen Völkern unvergessen. Sie werden sich scheuen, Deutschland noch einmal einzukreisen in der Hoffnung, es zermalmen zu können. Ich warne Sie aber sehr ernst davor, einen Krieg zu beginnen. Wir müssen uns überhaupt aus jeder kriegerischen Verwicklung heraushalten. Nur ein Verteidigungskrieg kommt für Deutschland in Frage, sonst nur strikte Neutralität. Die neue Armee braucht sowieso noch Jahre, bis sie diese Aufgabe erfüllen kann.

Nach allem, was ich über den Aufbau der neuen Wehrmacht erfuhr, wird Ihnen zu Beginn des Krieges großer Erfolg sicher sein. Es mag sogar sein, daß Sie bis vor Kairo und Indien kommen. Der weitere Krieg wird aber zur völligen Niederlage führen. Die Vereinigten Staaten werden diesmal in noch ganz anderem Ausmaß eingreifen und Deutschland wird schließlich vernichtet."

Dazu Hitler 1937: „Ich bin weit davon entfernt, an einen Krieg zu denken. Als Frontsoldat des Weltkrieges will ich meinem Volk den Frieden erhalten. Aber die Demokratien sind morsch. Ich werde meine Ziele ohne Krieg erreichen."

Ludendorff: „Ich glaube Ihnen nicht, Herr Hitler!"

Und nach seiner Rückkehr nach Tutzing: „Es ist alles vergebens, dieser Mann wird Deutschland ins Unglück stürzen." Auf die Frage, was dagegen noch geschehen könne, erwiderte Ludendorff: „Wenn Hitler einen Krieg anfängt, dann ist er die

ersten Wochen in der Hand seiner Generale. Ich werde dafür sorgen: dann wird er gestürzt. Das Volk wird es verstehen." (6)

Die Einstellung Ludendorffs zu Hitler wird schließlich noch durch seine Aufforderung, Hitler nach dem „Röhmputsch" durch die Armee verhaften lassen und vor ein ordentliches Gericht zu stellen, und durch die Ablehnung des Feldmarschalltitels sowie des „Führerbesuches" 1935 erhellt. Ursprünglich hatte der General die Feier seines 70. Geburtstages durch seinen Verlag abgelehnt. „Maßgebliche Stellen" sollten nicht die Möglichkeit erhalten, dies als Betätigung des verbotenen Tannenbergbundes mißbrauchen zu können. „Schweren Herzens" nahm er schließlich die Würdigung durch die Wehrmacht an. Auch hier unterließ er es nicht, ihre Führer, v. Blomberg und v. Fritsch, zu beschwören:

„Die seelische Geschlossenheit des Volkes ist die Grundlage für das Handeln der Wehrmacht ... Es ist für mich die entscheidende Frage, ob Volk und Wehrmacht auf diesen Boden treten, andernfalls wird es dereinst die Wehrmacht zu büßen haben. Ich warnte vor dem Weltkriege, ich warnte im Weltkriege und wurde nicht gehört. Vielleicht werde ich auch jetzt wieder nicht gehört, doch meine Stimme muß ich erheben. Sie haben zu entscheiden, welchen Weg Volk und Wehrmacht gehen; ... Ich sage es Ihnen, meine Herren, und sage es jedem Deutschen als Ausfluß einer schweren Kriegserfahrung in ernster Sorge für Volk und Wehrmacht: Machet des Volkes Seele stark!"

Doch der Feldherr und Freiheits- und Kulturkämpfer blieb trotzdem oder richtiger gerade deswegen weiterhin ein „Staatsfeind". Schon am 5. 5. 1935 mußte er das drohende Verbot des „Am heiligen Quell Deutscher Kraft" melden und im Dezember das Gestapoverbot der Vortragstätigkeit seines Verlages. *„Es wird unmißverständlich*

ausgesprochen, ,Ludendorff und sein ganzes Schrifttum wird verboten, wenn er tot ist, man will ihn jetzt nicht vor seinem Tod kränken.'"

Auch 1936 wünschte Ludendorff keine Geburtstagsfeiern. *„Diese könnten auch den ernsten Tatbestand verwischen, der in dem Verbot der Vorträge des Ludendorff-Verlages, die der Verbreitung der Gotterkenntnis und der Formung einer von ihr durchdrungenen Lebensgestaltung des Volkes dienen, für mich und viele Deutsche liegt." ([57])* Wenig später warnte er vor *„infamen Denunzianten"*. Das Kriegsministerium hatte Briefe zur Wahrung der Feldherrnehre Ludendorffs der geheimen Staatspolizei übergeben. Eine Hausdurchsuchung bei einem Vertrauensmann, Beschlagnahmen, Verhöre und Bespitzelungen folgten.

Im November 1936 forderte der General den allgewaltigen Propagandaminister zum Duell, weil dieser die Philosophin im Zusammenhang mit dem „Ungesühnten Frevel" beleidigt hatte. Goebbels zog öffentlich zurück. Wohl folgte am 30. März 1937 die Unterredung mit Hitler — auf Wunsch der Wehrmacht — und die Erfüllung sämtlicher Bedingungen Ludendorffs, doch die von ihm angekündigte „stärkste Sabotage auch in Reihen der NSDAP" einschließlich, wie sich zeigte, ihres Führers, blieb nicht aus. Hitler selbst nämlich ließ im Juni einen gefälschten „Landesverratsbrief" des Generals verbreiten. Wenig später wurde ihm eine Militärverschwörung angelogen, und im September 1937 durch das päpstliche Blatt „Osservatore Romano", daß die Bücher des Ludendorffverlages in Moskau nachgedruckt werden würden.

Erst mit der tödlichen Erkrankung Ludendorffs widerrief die Presse am 4. 11. 1937 den „Landesverrat". Vorher, im August, hatte Ludendorff öffentlich bestimmt, ohne

staatliche und militärische Ehren bestattet zu werden. Obwohl es verschiedentlich abgelehnt worden war, erzwang sich Hitler am 7. 12. 1937 den Zutritt ins Krankenzimmer, weil er meinte, Ludendorffs Feldherrnruhm für seine Propaganda zu benötigen. Wenn zwar dann das Staatsbegräbnis hingenommen werden mußte, den Sarg deckte, auf Verlangen Mathilde Ludendorffs, nicht die ns, sondern die alte kaiserliche Reichskriegsflagge.

Im Mittelpunkt der göttliche Lebensinn

Ludendorffs Wirken galt seit jeher der deutschen Volkserhaltung. Mit der Aufnahme der Gotterkenntnis seiner 2. Frau wurde dieses ein klares Ringen für die absoluten Werte unserer Schöpfung, für die Gotterhaltung in ihr. Mit genialem Scharfblick erfaßte er aus dieser Sicht alles Sinngefährdende des Lebens. Hans Kopp nannte ihn treffend den Zensor des 3. Reiches, wurzelte doch sein Denken und Trachten in den letzten philosophischen Einsichten und nicht in einer suggerierten persönlichen oder parteiischen Einstellung. Ludendorff lebte höchste Verantwortung und Würde:

„War ich auch gegen diesen Staat als solchen eingestellt, so ist mir der Gedanke, den Staat zu unterhöhlen, nicht gekommen. Mich beseelte das Streben, auch den Staat auf richtige Wege zu führen." (6)

Ähnlich heißt es in seinem Vermächtnis vom November 1936:

„Das, was wir geben, muß Rückhalt der außenpolitischen Erfolge des Nationalsozialismus und deutschen Wehrhaftseins sein." (6)

Am 20. 8. 1935 faßte Ludendorff einmal sein Wollen knapp zusammen:

„Wir ringen für etwas Neues, Lebensgestaltendes und Lebenerhaltendes ... In der gewaltigen Geisteskrise der Gegenwart geht es letzten Endes um zweierlei: Ablehnung der Christenlehre und Gestaltung des Lebens des Einzelnen und des Volkes auf der Grundlage der Gotterkenntnis." ([58])

Und in den „Lebenserinnerungen" lesen wir:

„Unser Ringen für die deutsche Volksschöpfung sollte ein wahrhaftiges bleiben und i s t es geblieben. Wir gingen ruhig und sachlich unseren Weg. ... Immer klarer stellten wir den Kampf für deutsche Geistesfreiheit den Bedrückungen der Priesterkaste und des Dritten Reiches gegenüber. Immer klarer erhoben wir die Forderung nach unantastbarem Recht. Immer folgerichtiger zeigten wir, daß nur arteigenes Gotterkennen die Grundlage deutschen Lebens sein könnte und wie der Staat wohl berechtigt sei, einen Totalitätsanspruch an die Kräfte des einzelnen zu haben, daß er aber nie das Gotterkennen antasten und gegen die sittlichen Forderungen dieser Gotterkenntnis verstoßen dürfe. Wir zogen, wie schon früher, die Grenze zwischen sittlicher und unsittlicher Freiheit, wie sie im Liberalismus verkörpert war, zwischen sittlichem und unsittlichem Zwang, wie er im Wesen faschistischer und kommunistischer aber auch demokratischer Diktatur lag. Wir erstrebten sittliche Freiheit und sittliche Gesetze für die Gotterhaltung und Volkserhaltung unter starker Staatsführung."

„Dieses Verkünden der Erkenntnis trat in unserem weltanschaulichen Kampf immer mehr in den Vordergrund und wurde gegenüber christlicher Reaktion immer mehr Notwendigkeit." ([5])

Das 3. Reich ist tot. Nichts kann es wiederbeleben und nichts kann die Folgen des 2. überstaatlichen Weltkrieges im Rahmen eines 100jährigen Krieges gegen die europäi-

schen Völker rückgängig machen. Nur aus seiner Geschichte können und müssen wir lernen, denn nach wie vor leben wir in der von Ludendorff erkannten gewaltigen Geisteskrise. Ludendorffs weltgeschichtliche Revolution geht weiter und weder 2. Weltkrieg und Zusammenbruch noch Umerziehung und Verfolgung konnten sie vernichten. Seine Erkenntnisse und sein „Programm", die Gotterkenntnis Mathilde Ludendorffs, bleiben die Aufgabe der Zeit:

„Ich unterschätze ‚Politik' und ‚Wirtschaft' wahrlich nicht. Ich weiß, was sie für den Tag bedeuten."

Doch:

„Mögen die Deutschen endlich verstehen, worum es sich handelt! Nicht Politik, nicht Wirtschaft: Gott und lebensgestaltende Weltanschauung stehen im Vordergrund unseres Ringens um L e b e n s e r h a l t u n g." ([59])